

Klassenkampf

AM 4. SEPT. WÄHLE
K P D
LISTE 4

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: 12 Pf. pro Monat, 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Anfertigungsgeld. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft G.m.b.H., Halle, Bertholdstr. 14. Fernruf: 210 45 (H.H.); 210 47 (Berlitz).

Wird des Vertriebes Arbeiter-Zeitungs
Der Rote Stern

Anzeigenpreis: 10 Pf. für den am Höhe und Spalte: 1 Pf. im Zeitteil. Gesamtentgelt: Kreistag der Sozialfreies Halle; Commerce- und Feinst-Hand Halle; Buchhändler: Köpcke 24 21 Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft G. m. b. H. Halle. Druck: Produktiv Buchdruckerei G. m. b. H. Halle Vertriebsstr. 14.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Freitag, 29. August 1930

10. Jahrgang * Nr. 202

Abfuhr des Steuerräubers Dr. Herß in Halle

Sozialfaschistische Polizeiprovokation gescheitert — Halles Arbeiter lassen den Schwäger allein Steuerfrei gegen die Diktatur

Halle, 29. August.
Vor dem „Volksparl“ — Polizei. Auf den Treppen — Polizei. Im Saale Polizei. Und sehr viel Polizei im Hinterhalt hinter der Bühne. Das war der Rahmen, in welchem gestern der Spitzenkandidat der SPD, Dr. Herß, in Halle über „Demokratie und Sozialismus“ sprach. Da zu Beginn der Versammlung der Saal gut besetzt war, so ist es nicht verwunderlich, wenn es Herß und dem Versammlungsleiter recht ungemütlich zu mutete war.

Waren sie sich doch darüber im Klaren, daß die Mehrheit der Anwesenden von ihrer SPD-„Gummimünz“, „Demokratie“ und ihrem Polizei-„Sozialismus“ nichts wissen wollen.

Aus diesem Grunde versuchte Schaumburg von vornherein zu provozieren, um einen Anlaß zu haben, die anwesenden Arbeiter von der nur darauf wartenden Polizei aus dem Saale hinauszuwerfen zu lassen. So wie die Sozialfaschisten schon am vergangenen Sonntag beim „Reiß der Arbeit“ die Polizei auf die Arbeiter hetzten.

Daß es gestern zu keinem ersten Zusammenstoß kam, lag nicht an den Sozialfaschisten. Sie haben sich wahrhaftig alle Mühe gegeben, besonders der Provokateur Schaumburg. Doch die hundsgemeinen Provokationen scheiterten an der eigenen Disziplin der hallischen Arbeiter.

Gleich zu Anfang ging es los. Obwohl die Herß-Versammlung an den Platztüren als „Wahlerversammlung“ angekündigt war, wurde sie dann als „Wahlkundgebung“ eröffnet und damit von vornherein zum Ausdruck gebracht, daß keine Diskussion zugelassen würde — als Illustration zur „Demokratie“, wie sie die SPD aufsaßt. Doch nicht genug damit. In der unverschämtesten Weise schrie Schaumburg in den Saal:

„Wenn sich ein anwesender Gegner wagen sollte, durch einen Zwischenruf (!) die Versammlung zu stören, den lasse ich hinausjagen.“

Das wirkte um so aufreizender, als völlige Ruhe im Saale herrschte. Einem Arbeiter entfuhr die Worte: „Ach Du kleiner Schächer.“ Da schrie der Versammlungsleiter wie besessen nach der Polizei, die sofort erschien, um den „Missetäter“ hinauszuwerfen. Der Polizei-Provokateur am Vorstandstisch brüllte noch: „Wir werden Euch schon Ordnung bringen.“ Die anwesenden Arbeiter, die die Absicht Schaumburgs zu provozieren, erkannten, verließen sich trotz dieser Ungehörlichkeit noch verständnisvoll ruhig. Deshalb steigerte Schaumburg seine Provokationen. Er erteilte dem sogenannten Saalführer den Befehl, mit allen Mitteln gegen jeden Zwischenrufer vorzugehen.

Das war die offene Aufforderung, bei dem geringsten Laut eine Schlägerei zu beginnen. Ein Arbeiter forderte alle ehrlichen Proleten auf, den Saal zu verlassen, da eine andere Möglichkeit, einen von der SPD-Steuerung ermühten Zusammenstoß zu vermeiden, gar nicht bestand. Die größte Hälfte der Versammelten folgte dieser Aufforderung. Sie hatten genug gehört und gesehen. Die Polizei bildete sofort eine Schützenschleife und folgte von der Bühne aus den unter dem Geleit der „Internationale“ sich entfernenden Arbeitern.

Die im Saale Verbliebenen setzten sich aus dem Troß der jenseitigen SPD-Funktionäre und einigen Kleinbürgern und Mittelständlern zusammen. Arbeiter waren nicht anwesend! Besonders fiel eine Gruppe der demokratischen Jugend auf, die durch den Zerfall ihrer Partei völlig haltlos, irgendwo Anschluss sucht.

Schwarzrotgoldene Breukenerregierung für Eintreibung der Diktatursteuern

(WBZ) Berlin, 28. August.
Der Reichsrat stimmte am Donnerstag den Durchführungsbestimmungen für Gemeindefunktionäre, Gemeindegemeinschaften und Bürgersteuer zu. Die neue Verordnung stellt u. a. klar, daß die Erhebung der Gemeindefunktionäre nur zulässig ist, wenn die Gemeindefunktionäre bereits erhoben wird. Die Bürgersteuer wird abhängig gemacht vom Wohlstand.
Im Reichsrat gibt die SPD-Koalitionsregierung Preußens den Ausschlag.

Aber selbst diese noch Anwesenden nahmen die Rede des Herß mit eiligem Schweigen auf. Das wirkte um so niedriger drückender, als die Sozialfaschisten, die die im Garten versammelten Arbeiter dem Genossen Herß entgegenbrachten, durch die trotz der Hitze geschlossenen Fenster drangen.

Herß begann und benutzte seine Rede mit einer infamen Kommunistenhetze. Nicht einmal gegen die Nazis wagte er, außer einigen zahmen Worten, etwas zu sagen. Dafür benutzte er sie als Kronzeugen gegen die Kommunisten. Gegen die der SPD verhafteten SPD ist Herß eben jeder Bundesgenosse recht.

Gerade in dem Gestammel des Herß kam mit ganzer Deutlichkeit zum Ausdruck,

welche gewaltige Wirkung die Programmklärung des Zentralkomitees der SPD, über die nationale und soziale Befreiung in allen Kreisen der werktätigen Schichten ausübt.

Er versuchte die Wirkung mit der dummdreisten Behauptung abzumildern, die Kommunisten seien auf einmal „nationalistischer als die Nazis“. Herß, wie die gesamte SPD-Führung begreifen natürlich sehr gut, daß die Programmklärung der SPD am besten geeignet ist, die nationalfaschistische und soziale Demagogie der Nazis zu entlarven. Darum auch diese hinterhältige Behauptung, doch das nicht nicht — selbst diese Versammlung antwortete mit eiligem Schweigen.

Es versteht sich am Rande, daß Herß, der Kommiss des ehemaligen Finanzministers Hilferding, die Finanzpolitik besonders ausführlich streifte.

Seht die Wählerlisten ein! Nur noch bis zum 31. August!

Er jagte wörtlich: „Um die Koalitionsregierung zu zer-

stören konkreten Fragen, die wir in den letzten Tagen im „Klassenkampf“ gestellt haben, wird er mit der Rede aus, daß sie ihm noch nicht bekannt seien.

Er fügte aber die bedeutende Erklärung hinzu: „Soweit er sie kenne, entsprechen die im „Klassenkampf“ angeführten Tatsachen der Wahrheit und er würde auch in Zukunft nicht anders handeln.“

Die Arbeiter werden am 14. September daran denken.

Zu welchen Mitteln die Sozialfaschisten greifen müßten, zeigt sich in folgender Tatsache am deutlichsten. Herß hielt die läugerliche Behauptung auf, die SPD mache den Young-Plan einzig und allein als die Ursache der heutigen katastrophalen Lage verantwortlich. Und dann „widerlegte“ er diese von ihm erfundene „Auffassung der SPD“. Eine solche Methode ist außerordentlich bequem, aber auch unfähig dumm; denn

selbst der jüngste Jung-Spartakus-Schüler weiß, daß die SPD ganz klar aufzeigt, wie die gesamte kapitalistische Herrschaft diese katastrophalen Auswirkungen für die Werktätigen zeigt.

Einige Geständnisse, die Herß in seiner Rede machte, sind noch wert, angeführt zu werden. So erklärte er u. a., daß die Müller-Regierung nur deshalb von der Traubbourgeoisie gebildet wurde, weil die Hilfe der SPD zur Durchführung der räuberischen Young-Gesetze für die kapitalistische Klasse unbedingt notwendig war.

Zur Verteidigung der Versprechungen Hilferdings, die Kapitalisten zu lenken, führte Herß an, daß die SPD bereit war, die Hauptpläne der Traubbourgeoisie offen zu unterstützen, um die Koalitionsregierung weiterhin zu ermöglichen.

Er jagte wörtlich: „Um die Koalitionsregierung zu zer-

Steuerstreit!

Griesheim-Proleten für Steuerstreit

Vor den Toren der Griesheimbetriebe Sandersdorf fand eine von der kommunistischen Partei einberufene öffentliche Kundgebung statt, die von ca. 400 Personen besucht war. Besprochen wurden die Referenzen der kommunistischen Partei bezüglich ihrer Ausführungen immer wieder bejubelt. Heute, Freitag, findet die Gemeindevertreterversammlung statt. Einstimmig beschlossen die Anwesenden,

die Gemeindevertretung aufzufordern, die Diktatursteuern in Sandersdorf nicht zu erheben und gegen die Eintreibung den Steuerstreit zu organisieren.

Ablehnung der Bier- und Bürgerchaftssteuer durch Magistrat und Stadtverordnete in Lebra

Nachdem der Magistrat die Bier- und Bürgerchaftssteuer abgelehnt hatte, lehnten auch die Stadtverordneten in ihrer am 27. stattgefundenen Sitzung die Biersteuer einstimmig, die Bürgerchaftssteuer bei zwei Stimmen Enthaltung ab.

„Wir machen uns nicht mitschuldig an der Verelendung der werktätigen Massen“

Die gestrige Gemeindevertreterversammlung in Wörmlich-Ballberg schloß mit ihrer kommunistischen Mehrheit gegen die Stimmen der Sozialfaschisten und Bürgerlichen folgende

Einstimmige Erklärung

Die am 29. August tagende öffentliche Gemeindevertreterversammlung Wörmlich-Ballberg protestiert aufs schärfste gegen die Diktatursteuern, die mit Hilfe des Artikels 48 aus den Massen herausgepreßt werden sollen. Die Gemeindevertretung beschließt:

Die Bier- und Schandverzehrssteuern sowie die Bürgersteuer werden in unserer Gemeinde nicht erhoben. Die Gemeinde-

vertretung lehnt es ab, sich mitschuldig zu machen an der weiteren Verelendung der Werktätigen. Sie ruft alle Einwohner auf, die Diktatursteuern zu verweigern.

„Wir schützen unsere Gemeindefunktionäre auch mit außerparlamentarischen Mitteln“

Protest-Einstimmigkeit

Die Gemeindevertretung Wörmlich-Ballberg protestiert auf das energischste gegen den Scharlach des preussischen Finanzministers, Sozialdemokrat Meentig, welcher die kommunistischen Gemeindefunktionäre durch Nichtbezahlung oder Amisanthebung zum Gehaltungskumpen zwingen will. Noch nicht einmal die Reichsvertretung gibt ihm das Recht dazu; siehe Artikel 130.

Die Gemeindevertretung erklärt, daß sie ihre ordnungsgemäß gewählten Gemeindefunktionäre mit allen, auch außerparlamentarischen, Mitteln vor diesem Terror schützen wird, solange dieselbe ihre Pflicht im Interesse aller Werktätigen erfüllen!

So'ortige Einberufung des Preussischen Landtags von den Kommunisten verlangt

(WBZ) Berlin, 29. August.

In einem Schreiben an den Präsidenten des Preussischen Landtags, Bartels, verlangt die kommunistische Fraktion die sofortige Einberufung des Preussischen Landtags. Auf der Tagesordnung dieser Beratsammlung soll die Bekämpfung kommunistischer Angriffe stehen, die eine Erhebung der durch die Notverordnung des Reichspräsidenten verfügten neuen Gemeindefunktionäre in Preußen unterbinden und den Erlaß der preussischen Regierung aufheben wollen, der den Beamten die Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei verbietet.



halten, waren wir bereit, Opfer zu bringen." Das heißt, die Opfer sollten die Arbeiter bringen.

Er wandte sich auch energig gegen die Forderung der SPD, die Lohnsteuer aufzuheben und erklärte dazu wörtlich: Nicht die Aufhebung der Lohnsteuer, sondern ihre Erhaltung und ihre Ausbau in sozialer Hinsicht ist das Ziel der SPD.

Herr sprach sich auch offen für die Verschärfung der anderen Maßnahmen aus. Er wog dabei an die Worte Bebel's auf dem Jänner Parteitag zu erinnern, daß es nicht nur darauf ankomme, wie die Steuern zu fassen sind, sondern auch wozu sie Verwendung finden. Auf die Zustimmung der SPD zum Pensionserwerb, zum Arbeitsvertrag, zur Fürsorgeverbürgung usw. hat er dabei selbstverständlich nicht hingewiesen. Klugstand erweist für Herr überhaupt nicht.

Und noch etwas anderes gilt hervorzuheben zu werden. Einige Minuten nach dem Schlußwort mit seinen Propagandaschritten die anwesenden Arbeiter unter Polizeibegleitung aus dem Lokal hinausgeführt hatte, wogte es Herr über „die Spaltung der Arbeiterfront durch die SPD.“ zu wackeln und die diesen Kräftebeständen zu vergleichen. Man merkte ihm aber deutlich an, daß der Beweggrund zu seiner Klage, die sich unter der Führung der SPD, die rechte rote Einheitsfront des Proletariats war. Nachdem nochmals angekündigt wurde, daß auch in kommenden Versammlungen der SPD jede Stellungnahme der Kommunisten mit politischem Vorbehalt werden soll, brachte er, wie zum Schluß, ein „Wörterverzeichnis“ aus, in das nur ein geringer Teil der Versammlung nachstehend eintrug. Mit recht geteilten Gefühlen gegen die SPD-Funktionäre nach Hause.

Im Garten sprach der Genosse Bösch

Er kennzeichnet treffend die veräusserliche Politik der SPD, die trotz Einladung zu einer öffentlichen Versammlung keine Diskussion zuließ. Die Parallelerklärung war ein großer Erfolg für die kommunistische Partei. Rotfront-Akte begleiteten die Ausführungen des Genossen Bösch, der die Schandtat der SPD, vor allen Dingen die Latenzrolle eines Dr. Herr, bei der Durchführung von Steuermaßnahmen gegen die wertvolle Bevölkerung aufzählte. Ein Sturm der Entrüstung brach aus bei der Feststellung, daß es gerade der Parteigenosse Dr. Herr war, der den SPD-Verbot und daß es abermals ein Parteigenosse dieser SPD-Kanone war, der auf der Reichstags-Hindenburg das Stahlhelmsymbol aufgab. Man kann verstehen, daß eine derartige SPD-Rundgebung während einer großzügig angelegten SPD-Versammlung keine Wirkung auf die SPD-Arbeiter nicht verfehle.

Viele SPD-Arbeiter zogen es deshalb auch vor, auf den Schwindel der SPD-Kanone zu verzichten, um sich die Ausführungen des kommunistischen Referenten anzuhören.

Inzwischen hatte Direktor Schaumburg Maßnahmen getroffen, um die tätigen Kommunisten aus dem Volkspark zu entfernen. Der alte Koch mußte wieder Vorparadeplätze leisten. Unter der Bedingung eines Schuppengebotes unternahm er den Versuch, die Parallelerklärung aufzulösen zu lassen. Mindestens zehn Minuten stand er hinter dem kommunistischen Redner, ohne den Mut aufzubringen, diesen von seinem Redner in Kenntnis zu setzen. Die Aufregung und Empörung der Massen hatte ihm den letzten Mut genommen. So konnte der Genosse Bösch die glänzende verlaufene Rundgebung mit der Aufforderung: „Jeder Arbeiter ein voter Wahlhelfer!“ schließen.

Unschicklich formierte sich nach dem Stadtkern ein Demonstrationzug, der sich mehr und mehr vergrößerte. Alle Propaganden seitens der Polizei verpufften an der eisernen Disziplin der Demonstranten. Nieder-Rufe auf die Diktatur der Brüning-Regierung und Hochrufe auf ein Sowjet-Deutschland brachten durch die dunklen Straßen.

Die Demonstranten zogen nach der Verbandsstraße, wo man nach dem Führer des mitteldeutschen Proletariats, dem Genossen Roenen, verlangte. In kurzen Umzügen zeigte dieser die Bedeutung des 14. Septembers auf! Seine Ausführungen wurden immer wieder von Beifallsstürmen unterbrochen.

Diese erste „Wahlstunde“ der SPD war eine schwere Niederlage der Sozialfaschisten. Sie zeigt eindeutig und klar, daß die Arbeitermassen auf viele SPD- und Reichsbannerarbeiter die schändliche Politik der SPD satt haben. Sie zeigt weiter, daß nur die kommunistische Partei das Vertrauen der wertvollen Massen besitzt und ist ein weiterer Beweis unseres ständigen Wortmarkts!

Die heftige Arbeiterfront steht bei der SPD, das hat auch die SPD-Versammlung gestern deutlich bewiesen.

Wer ist ein „Schwindelpolitiker“?

Unser Artikel in der Mittwochnummer des „Klassenkampf“ „Antworten Sie, Herr Doktor Herr!“ ist der „Volkshat“-Redaktion schwer in die Glieder gefahren. Mit einem wüsten Gebüll antworteten sie auf unsere sachlichen Ausführungen. Auf alle gestellten Fragen gibt es keine Antwort. Herr schwänzt es auch in seiner letzten Wahlversammlung in Halle, er kennt das Material angeblich nicht! (Die SPD-Arbeiter werden nach vor dem 14. Sept. bei der Antwort verlangen!) Dafür aber wartet der „Volkshat“ mit einem neuen Bluff auf. Das „Volkshat“ will nämlich unsere Feststellung, daß im Etat für 1930 200 Millionen Mark für Sozialausgaben weniger vorgesehen waren, als 1929, damit erledigt wissen, daß es erklärt, „diese Entscheidung sei von der Brüning-Regierung vorgenommen worden“.

Das ist ein Schwindel. Der Etat für 1930 wurde von der Hermann-Müller-Regierung eingebracht und in diesem Voranschlag war diese Kürzung vorgesehen. Deshalb ist es auch Schwindel, daß Herr gegen diese Kürzungen gekämpft hat. Hier nehmen wir den Silberberg-Etat von 1929. Hier stellen sich Dr. Herr hat mit der gesamten sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zusammen! Die Kriegsoffenerzeugung wurde vergrößert um 577 Millionen Mark, 335 Millionen wurden bei der Veranschlagung gestrichelt, 25 Millionen bei der Kapitalabfindung der Kriegsoffener. Weitere 15 Millionen wurden den Kleinrentnern von diesen „Sozialisten“ genommen.

Was das das „Volkshat“ auch bekreiten? Statt ein Gebüll über unsere Feststellungen anzustellen, sollte das das „Volkshat“ oder Herr selbst einmal versuchen, auf unsere klar und eindeutig gestellten Fragen zu antworten. Die Arbeiterfront wird lange auf diese Antwort warten müssen, denn dann müßte sie das „Volkshat“ von dem Verbot der SPD-Reichstagsfraktion berichten. Was kann man wird, werden neue Betrugsmanöver sein.

Das „Volkshat“ soll sich verhalten. Wir haben noch mehr Tatsachen, die wir in den nächsten Tagen der Arbeiterfront zur Kenntnis bringen werden.

60 SPD.-Arbeiter kommen zur SPD.

Ein Aufruf der Uebergetretenen an alle SPD.-Arbeiter

In Pabitz (Mark Brandenburg) sind über 60 sozialdemokratische Arbeiter zur SPD. übergetreten. In ihrem Aufruf haben sechs der Uebergetretenen folgenden Appell der Presse übergeben:

Um die sozialdemokratischen Arbeiter und Reichsbannerkameraden!

Es ist eine Tatsache, daß an der Verleumdung des deutschen Proletariats die sozialdemokratische Partei die größte Schuld trägt. Jahrelang sind wir durch ihre veräusserliche und arbeiterscheue Politik an die kapitalistischen Ausbeuter und Profitierherren verkauft worden. Genau wie bei allen früheren Wahlen, verließen auch jetzt wieder sowohl die SPD. als auch die bürgerlichen Parteien die Arbeiter als Stimmzettel zu benutzen, um ihre Futtertruppen zu erhalten.

Seit kurzer Zeit wendet sich ein großer Teil der SPD. und Reichsbanner-Arbeiter mit Recht von ihren Organisationen. Sie haben erkannt, daß nur der revolutionäre Klassenkampf zur Befreiung der Arbeiterfront führt. Allein in Pabitz sind

Über 60 sozialdemokratische Arbeiter zur kommunistischen Partei übergetreten.

Sie kämpfen mit der einzigen Arbeiterpartei gegen den Kapitalismus und seine nationalen und sozialfaschistischen Helfershelfer. **Werttätige in Stadt und Land! Folgt auch Ihr ihrem Beispiele!**

Gest den Verärrern den notwendigen Futtritt. Jahrelang hat man uns vor den Karren der Kapitalisten gekannt und wiederum verließen die im kapitalistischen Solde stehenden Parteien von der SPD. bis zu den Nazis uns nach jeder an das kapitalistische Joch zu fetten. Bei allen Lohn- und Arbeitskämpfen treten die SPD.-Arbeiter gemeinsam mit dem Staatsapparat gegen die Interessen der Arbeiterfront auf.

Alle Verschlechterungen in der Sozialgesetzgebung, die jetzt von der Brüning-Regierung durchgeführt werden, haben ihren Ursprung bei der Hermann-Müller-Regierung. Diese Regierung und die Unterzeichneten ehemaligen sozialdemokratischen und Reichsbanner-Arbeiter rufen allen Werttätigen in Stadt und Land zu:

Kämpft mit der kommunistischen Partei für Brot, Freiheit und Macht! Kämpft am 14. September die Liste 1!

Mit proletarischem Kampfesmut im Aufrage von 60 zur kommunistischen Partei übergetretenen Arbeitern:

Karl Fuhrmann, 20 Jahre Mitglied der SPD., Albert Steingräber, 35 Jahre Mitglied der SPD., Paul Müller, 5 Jahre Mitglied der SPD., Kurt Wallasch, 1 Jahr Mitglied der SPD., Paul Seise, 30 Jahre Mitglied der SPD., Albert Knop, 35 Jahre Mitglied der SPD.

Heraus aus der SPD! Hinein in die SPD! Nieder mit der Young-Slancereil! Es lebe Sowjet-Deutschland! Kämpft für den Sieg der Liste 1!

Die Zerlegung bei der SPD. Um von der ungeheuren SPD-Meute am letzten Sonntag beim „Fest der Arbeit“ abzuheften, bemühen sich die Schreiberleser des „Volkshat“ seit vier Tagen frampfisch, aus dieser Meute einen Erfolg zu machen. Folgende bezügelnde Mitteilung erhalten wir von dem Genossen Harz 5 a 9, dem Vorsitzenden des freien Arbeitervereins Halle: „Mir erzählte der Arbeiter Otto Enderlein, wohnhaft in Troitz, beschäftigt früher bei den Gusswerten Böhm, jetzt arbeitslos,

daß er für das Tragen der Frasse des DMB. beim Fest der Arbeit in Halle 5 Markt erhalten habe, und daß er außerdem für Flugblatt-Austragen für die SPD. schon einmal 7-Mark erhalten hat.“

Die Sozialfaschisten finden also in den Arbeiterkreisen nicht einmal Kräfte, die die einfachsten, selbstverständlichen Arbeiten kostenlos für sie verrichten. Sie müssen sie dafür bezahlen. Soeben wird uns aus Rätzschau im Weichenfeld Kreis Braunschweig, der Hochburg der „linken“ SPD.-Helden Bergbach und Franken, gemeldet, daß sich bei außerordentlich schlechte Stimmung der SPD.-Arbeitermitglieder in diesem Wahlkampf auch in diesem Ort auszuwirken beginnt.

Der Genosse Robert Schlegel ist von der SPD. zur kommunistischen Partei übergetreten, in dem Dorfe ist eine kommunistische Ortsgruppe gegründet worden. Wie weitere SPD.-Mitglieder haben ihre Bereitwilligkeit zum Uebertritt ebenfalls erklärt.

Die SPD.-Arbeiter begründen ihre Stellungnahme damit, daß ihnen endlich die Augen aufgegangen sind über die Schandpolitik ihrer Führer, die veräusserliche Rolle der SPD. überhaupt und die Notwendigkeit der Herstellung einer einheitlichen revolutionären Front unter der Führung der kommunistischen Partei.

Die SPD.-Arbeiter begründen ihre Stellungnahme damit, daß ihnen endlich die Augen aufgegangen sind über die Schandpolitik ihrer Führer, die veräusserliche Rolle der SPD. überhaupt und die Notwendigkeit der Herstellung einer einheitlichen revolutionären Front unter der Führung der kommunistischen Partei.

Die SPD.-Arbeiter begründen ihre Stellungnahme damit, daß ihnen endlich die Augen aufgegangen sind über die Schandpolitik ihrer Führer, die veräusserliche Rolle der SPD. überhaupt und die Notwendigkeit der Herstellung einer einheitlichen revolutionären Front unter der Führung der kommunistischen Partei.

Die SPD.-Arbeiter begründen ihre Stellungnahme damit, daß ihnen endlich die Augen aufgegangen sind über die Schandpolitik ihrer Führer, die veräusserliche Rolle der SPD. überhaupt und die Notwendigkeit der Herstellung einer einheitlichen revolutionären Front unter der Führung der kommunistischen Partei.

Die SPD.-Arbeiter begründen ihre Stellungnahme damit, daß ihnen endlich die Augen aufgegangen sind über die Schandpolitik ihrer Führer, die veräusserliche Rolle der SPD. überhaupt und die Notwendigkeit der Herstellung einer einheitlichen revolutionären Front unter der Führung der kommunistischen Partei.

Die SPD.-Arbeiter begründen ihre Stellungnahme damit, daß ihnen endlich die Augen aufgegangen sind über die Schandpolitik ihrer Führer, die veräusserliche Rolle der SPD. überhaupt und die Notwendigkeit der Herstellung einer einheitlichen revolutionären Front unter der Führung der kommunistischen Partei.

Die SPD.-Arbeiter begründen ihre Stellungnahme damit, daß ihnen endlich die Augen aufgegangen sind über die Schandpolitik ihrer Führer, die veräusserliche Rolle der SPD. überhaupt und die Notwendigkeit der Herstellung einer einheitlichen revolutionären Front unter der Führung der kommunistischen Partei.

Die SPD.-Arbeiter begründen ihre Stellungnahme damit, daß ihnen endlich die Augen aufgegangen sind über die Schandpolitik ihrer Führer, die veräusserliche Rolle der SPD. überhaupt und die Notwendigkeit der Herstellung einer einheitlichen revolutionären Front unter der Führung der kommunistischen Partei.

Die SPD.-Arbeiter begründen ihre Stellungnahme damit, daß ihnen endlich die Augen aufgegangen sind über die Schandpolitik ihrer Führer, die veräusserliche Rolle der SPD. überhaupt und die Notwendigkeit der Herstellung einer einheitlichen revolutionären Front unter der Führung der kommunistischen Partei.

Die SPD.-Arbeiter begründen ihre Stellungnahme damit, daß ihnen endlich die Augen aufgegangen sind über die Schandpolitik ihrer Führer, die veräusserliche Rolle der SPD. überhaupt und die Notwendigkeit der Herstellung einer einheitlichen revolutionären Front unter der Führung der kommunistischen Partei.

Die SPD.-Arbeiter begründen ihre Stellungnahme damit, daß ihnen endlich die Augen aufgegangen sind über die Schandpolitik ihrer Führer, die veräusserliche Rolle der SPD. überhaupt und die Notwendigkeit der Herstellung einer einheitlichen revolutionären Front unter der Führung der kommunistischen Partei.

Die SPD.-Arbeiter begründen ihre Stellungnahme damit, daß ihnen endlich die Augen aufgegangen sind über die Schandpolitik ihrer Führer, die veräusserliche Rolle der SPD. überhaupt und die Notwendigkeit der Herstellung einer einheitlichen revolutionären Front unter der Führung der kommunistischen Partei.

60 SPD.-Arbeiter kommen zur SPD.

Ein Aufruf der Uebergetretenen an alle SPD.-Arbeiter

In Pabitz (Mark Brandenburg) sind über 60 sozialdemokratische Arbeiter zur SPD. übergetreten. In ihrem Aufruf haben sechs der Uebergetretenen folgenden Appell der Presse übergeben:

Um die sozialdemokratischen Arbeiter und Reichsbannerkameraden!

Es ist eine Tatsache, daß an der Verleumdung des deutschen Proletariats die sozialdemokratische Partei die größte Schuld trägt. Jahrelang sind wir durch ihre veräusserliche und arbeiterscheue Politik an die kapitalistischen Ausbeuter und Profitierherren verkauft worden. Genau wie bei allen früheren Wahlen, verließen auch jetzt wieder sowohl die SPD. als auch die bürgerlichen Parteien die Arbeiter als Stimmzettel zu benutzen, um ihre Futtertruppen zu erhalten.

Seit kurzer Zeit wendet sich ein großer Teil der SPD. und Reichsbanner-Arbeiter mit Recht von ihren Organisationen. Sie haben erkannt, daß nur der revolutionäre Klassenkampf zur Befreiung der Arbeiterfront führt. Allein in Pabitz sind

Über 60 sozialdemokratische Arbeiter zur kommunistischen Partei übergetreten.

Sie kämpfen mit der einzigen Arbeiterpartei gegen den Kapitalismus und seine nationalen und sozialfaschistischen Helfershelfer. **Werttätige in Stadt und Land! Folgt auch Ihr ihrem Beispiele!**

Gest den Verärrern den notwendigen Futtritt. Jahrelang hat man uns vor den Karren der Kapitalisten gekannt und wiederum verließen die im kapitalistischen Solde stehenden Parteien von der SPD. bis zu den Nazis uns nach jeder an das kapitalistische Joch zu fetten. Bei allen Lohn- und Arbeitskämpfen treten die SPD.-Arbeiter gemeinsam mit dem Staatsapparat gegen die Interessen der Arbeiterfront auf.

Alle Verschlechterungen in der Sozialgesetzgebung, die jetzt von der Brüning-Regierung durchgeführt werden, haben ihren Ursprung bei der Hermann-Müller-Regierung. Diese Regierung und die Unterzeichneten ehemaligen sozialdemokratischen und Reichsbanner-Arbeiter rufen allen Werttätigen in Stadt und Land zu:

Kämpft mit der kommunistischen Partei für Brot, Freiheit und Macht! Kämpft am 14. September die Liste 1!

Mit proletarischem Kampfesmut im Aufrage von 60 zur kommunistischen Partei übergetretenen Arbeitern:

Karl Fuhrmann, 20 Jahre Mitglied der SPD., Albert Steingräber, 35 Jahre Mitglied der SPD., Paul Müller, 5 Jahre Mitglied der SPD., Kurt Wallasch, 1 Jahr Mitglied der SPD., Paul Seise, 30 Jahre Mitglied der SPD., Albert Knop, 35 Jahre Mitglied der SPD.

Heraus aus der SPD! Hinein in die SPD! Nieder mit der Young-Slancereil! Es lebe Sowjet-Deutschland! Kämpft für den Sieg der Liste 1!

Die Zerlegung bei der SPD. Um von der ungeheuren SPD-Meute am letzten Sonntag beim „Fest der Arbeit“ abzuheften, bemühen sich die Schreiberleser des „Volkshat“ seit vier Tagen frampfisch, aus dieser Meute einen Erfolg zu machen. Folgende bezügelnde Mitteilung erhalten wir von dem Genossen Harz 5 a 9, dem Vorsitzenden des freien Arbeitervereins Halle: „Mir erzählte der Arbeiter Otto Enderlein, wohnhaft in Troitz, beschäftigt früher bei den Gusswerten Böhm, jetzt arbeitslos,

daß er für das Tragen der Frasse des DMB. beim Fest der Arbeit in Halle 5 Markt erhalten habe, und daß er außerdem für Flugblatt-Austragen für die SPD. schon einmal 7-Mark erhalten hat.“

Die Sozialfaschisten finden also in den Arbeiterkreisen nicht einmal Kräfte, die die einfachsten, selbstverständlichen Arbeiten kostenlos für sie verrichten. Sie müssen sie dafür bezahlen. Soeben wird uns aus Rätzschau im Weichenfeld Kreis Braunschweig, der Hochburg der „linken“ SPD.-Helden Bergbach und Franken, gemeldet, daß sich bei außerordentlich schlechte Stimmung der SPD.-Arbeitermitglieder in diesem Wahlkampf auch in diesem Ort auszuwirken beginnt.

Der Genosse Robert Schlegel ist von der SPD. zur kommunistischen Partei übergetreten, in dem Dorfe ist eine kommunistische Ortsgruppe gegründet worden. Wie weitere SPD.-Mitglieder haben ihre Bereitwilligkeit zum Uebertritt ebenfalls erklärt.

Die SPD.-Arbeiter begründen ihre Stellungnahme damit, daß ihnen endlich die Augen aufgegangen sind über die Schandpolitik ihrer Führer, die veräusserliche Rolle der SPD. überhaupt und die Notwendigkeit der Herstellung einer einheitlichen revolutionären Front unter der Führung der kommunistischen Partei.

Die SPD.-Arbeiter begründen ihre Stellungnahme damit, daß ihnen endlich die Augen aufgegangen sind über die Schandpolitik ihrer Führer, die veräusserliche Rolle der SPD. überhaupt und die Notwendigkeit der Herstellung einer einheitlichen revolutionären Front unter der Führung der kommunistischen Partei.

Die SPD.-Arbeiter begründen ihre Stellungnahme damit, daß ihnen endlich die Augen aufgegangen sind über die Schandpolitik ihrer Führer, die veräusserliche Rolle der SPD. überhaupt und die Notwendigkeit der Herstellung einer einheitlichen revolutionären Front unter der Führung der kommunistischen Partei.

Die SPD.-Arbeiter begründen ihre Stellungnahme damit, daß ihnen endlich die Augen aufgegangen sind über die Schandpolitik ihrer Führer, die veräusserliche Rolle der SPD. überhaupt und die Notwendigkeit der Herstellung einer einheitlichen revolutionären Front unter der Führung der kommunistischen Partei.

Die SPD.-Arbeiter begründen ihre Stellungnahme damit, daß ihnen endlich die Augen aufgegangen sind über die Schandpolitik ihrer Führer, die veräusserliche Rolle der SPD. überhaupt und die Notwendigkeit der Herstellung einer einheitlichen revolutionären Front unter der Führung der kommunistischen Partei.

Die SPD.-Arbeiter begründen ihre Stellungnahme damit, daß ihnen endlich die Augen aufgegangen sind über die Schandpolitik ihrer Führer, die veräusserliche Rolle der SPD. überhaupt und die Notwendigkeit der Herstellung einer einheitlichen revolutionären Front unter der Führung der kommunistischen Partei.

Die SPD.-Arbeiter begründen ihre Stellungnahme damit, daß ihnen endlich die Augen aufgegangen sind über die Schandpolitik ihrer Führer, die veräusserliche Rolle der SPD. überhaupt und die Notwendigkeit der Herstellung einer einheitlichen revolutionären Front unter der Führung der kommunistischen Partei.

Die SPD.-Arbeiter begründen ihre Stellungnahme damit, daß ihnen endlich die Augen aufgegangen sind über die Schandpolitik ihrer Führer, die veräusserliche Rolle der SPD. überhaupt und die Notwendigkeit der Herstellung einer einheitlichen revolutionären Front unter der Führung der kommunistischen Partei.

Die SPD.-Arbeiter begründen ihre Stellungnahme damit, daß ihnen endlich die Augen aufgegangen sind über die Schandpolitik ihrer Führer, die veräusserliche Rolle der SPD. überhaupt und die Notwendigkeit der Herstellung einer einheitlichen revolutionären Front unter der Führung der kommunistischen Partei.

Die SPD.-Arbeiter begründen ihre Stellungnahme damit, daß ihnen endlich die Augen aufgegangen sind über die Schandpolitik ihrer Führer, die veräusserliche Rolle der SPD. überhaupt und die Notwendigkeit der Herstellung einer einheitlichen revolutionären Front unter der Führung der kommunistischen Partei.

Die SPD.-Arbeiter begründen ihre Stellungnahme damit, daß ihnen endlich die Augen aufgegangen sind über die Schandpolitik ihrer Führer, die veräusserliche Rolle der SPD. überhaupt und die Notwendigkeit der Herstellung einer einheitlichen revolutionären Front unter der Führung der kommunistischen Partei.

Die SPD.-Arbeiter begründen ihre Stellungnahme damit, daß ihnen endlich die Augen aufgegangen sind über die Schandpolitik ihrer Führer, die veräusserliche Rolle der SPD. überhaupt und die Notwendigkeit der Herstellung einer einheitlichen revolutionären Front unter der Führung der kommunistischen Partei.

Auch Peters darf vor Arbeitern nicht reden

Die von uns gestern veröffentlichten Aufzeichnungen der Bezirksleitung der SPD. durch rücksichtslosen Einbruch der Polizei gegen jeden politischen Gegner in ihren Versammlungen entsetzen zu lassen, werden von den Peters, Schaumburg, Herz und Konstanter prompt befolgt. Während man in Halle in der Herz-Versammlung den Genossen Karl Püttich mit Polizeians dem Saale schafften ließ, wird uns aus Weichenfeld berichtet, daß Peters, der zweite Spitzenkandidat der SPD. destelle mit unserem Genossen Kurt Wobbe, der als Disziplinierender sprach, durch Landjäger vornehmlich.

Von den circa 230 Versammlungsteilnehmern verließen darauf unter dem Gesang der „Internationale“ ungefähr 200 den Saal.

Die Polizei nahm vor Beginn der Versammlung bei jedem Teilnehmer eine Durchsuchung nach Waffen vor, bei der aber nur kleine Taschenmesser und Tabakspfeifen „erobert“ wurden. Spontan bildete sich eine Demonstration, die die Landjäger vergeblich versuchen auseinanderzuschlagen. Zu diesem Zweck wurde ein 25 Mann starkes Ueberfallkommando zur Verfügung herbeigeholt. Trotz der Polizeipresenz sprach der Genosse Wobbe unter hartem Beifall noch eine Dreiviertelstunde.

Zerlegung bei den Nazis

(Eig. Drahtm.) Berlin, 29. August.

In den Reihen der SA-Abteilungen der Berliner Nazis greift eine tiefgehende Rebellion um sich, die in einzelnen Sturmabteilungen des Genossen Berlin bis zur offenen Weigerung gebrochen ist. Zwischen den mitbräutlichen Bräuten und Weichenfeldern einerseits und den von den Kapitalisten gepöbelten Goebels und Ka. andererseits hat sich ein klarer Klassenkampf gegen die herangebildete und die Gehorsamsverweigerung ganzer SA-Abteilungen ist eine tägliche Erscheinung. Ebenso erfolgen täglich Ausritte. Das jungkapitalistische Bekenntnis zur Verfassung der Weimarer Republik, Friede Regierung und Goebels Bekenntnis zu derselben haben bei der SA. das Gefühl geschaffen, daß sie von den Nazisführern immer offener an das Young-Kapital verkauft werden. Eine Delegation der Berliner SA., die nach München geschickt

wurde, um die Wünsche der einfachen SA-Mitglieder an Hitler zu übermitteln, fand keinen Empfang.

Eine immer größer werdende Unzufriedenheit herrscht über die offensichtliche Verengung der Führer. Der Mercedes-Wagen von Goebels und zahlreiche Geschäfte der Führer, wie z. B. das Jagdgeschäft des Rajenwirts Wille werden sehr hart von den einfachen Mitgliedern distanziert.

In einer Versammlung der SA. in Weidenmühl wurde besonders darauf hingewiesen, daß auf der Reichstagsliste keine Handarbeiter an ausrichtiger Stelle aufgestellt sind.

Die SA-Leute erklären, daß gerade die Aufstellung von Handarbeitern durch die SPD. ein Vorbild hätte sein müssen für die NSDAP. Ein Teilnehmer, der in dieser Versammlung für Hitler und Goebels sprach, wurde mordsmäßig verprügelt. Verschiedene Standardführer legten ihre Funktion nieder.

Die Neuzettel des altstufen Teils der NSDAP. mußte unermüdlich kommen. Uebrigens werden im Laufe der Entwicklung zwischen den sozialdemagogischen Verprechungen der NSDAP. und ihren tatsächlichen, bolschewistischen Handlungen in aller Schärfe die Gegensätze innerhalb der NSDAP. in Erscheinung treten. Die wertvollen Anhänger rebellieren immer mehr gegen die Kirdorf, Müttmann und sonstigen Ausplünderer.

Der gemüthliche Bombenlegerprozeß

(Eigene Drahtmeldung.) Hamburg, 29. August.

Die gezeigte Verhandlung im Bombenlegerprozeß begann wieder damit, daß das Gericht feststellen mußte, daß eine Anzahl Angeklagte gar nicht zur Verhandlung erschienen ist. Ein gemüthlicher Dynamitprozeß! Das muß man sagen.

Die Angeklagten benehmen sich in zunehmender Weise so, als seien sie die Untertanen und die Richter ihre Betrüben. So verlangen sie z. B. die Sinneswandel eines Preisverleugers, erläutern, der nicht so berichtet hat, wie es den Bombenlegern gefiel.

Mit diesem forcierten Auftreten der Angeklagten stehen sie aber im schärfsten Widerspruch zu ihren Aussagen, was sich aus dem weiteren Verlauf der Protokolle ergibt. Die Bombenentzitter mit ihren 800 Mark Monatsgehalt und einem Auto haben sich in der Unterforschungsphase gegenüber Karl Bebel, Namen genannt, Tadel erwidert, daß denen, die doch gar kein Interesse an der rechten Aufklärung des Verbrechens hatten, angit und belang genommen sein muß. Der Angeklagte Nidel schwebt in seinem Vernehmungsprotokoll den Aufschlag in Scheide und belafete Johnson, Hein und Würg. Der Angeklagte Hennings hat eingestanden, am Atlantik am Hause des Regierungspräsidenten von Schleswig-Holstein teilgenommen zu haben. Sein habe ihn dazu beauftragt, Johnson und er hätten die Tat durchgeführt.

Agrarfrage und Antifaschfrage

Zur Warschauer Agrarkonferenz

Von R. Schüller (Wien)

In der letzten Zeit hört man viel von sogenannten Agrarkonferenzen und Plänen zur Schließung der Zollbindungen zwischen den verschiedenen Ländern. Was hinter all dem steht, ist nicht nur die verstärkte Ausplünderung der Massen durch Sozial- und Monopolpreise, sondern auch die Frontstellung gegen die Sowjetunion.

Die Agrarfrage verdrängt sich in den kapitalistischen Ländern im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftskrise mehr und mehr. Vor allem die Länder mit überwiegender Agrarwirtschaft wie Jugoslawien, Rumänien, Ungarn und auch solche Länder wie Österreich und Polen werden von ihr aufs schärfste heimgeleitet.

Auf der anderen Seite sehen wir, wie gerade die Sowjetunion auch auf dem Gebiete der Landwirtschaft sich in schärfster Weise von den kapitalistischen Ländern abhebt. Die entschiedene durchgeführte Kollektivierung der Landwirtschaft und die energische Durchkämpfung der bolschewistischen Linie der Partei sichern der Sowjetunion auf der landwirtschaftlichen Front in diesem Jahre bereits einen großen Erfolg. Bereits ist die Sowjetunion wieder in der Lage, in beträchtlichen Mengen Getreide zu exportieren. Und dieses Getreide ist billig! Denn es wird von keinem kapitalistischen Profit verteuert.

Das ist der Hintergrund der „Agrarkonferenz“ von Rumänien, Jugoslawien und Ungarn, die vor kurzem in Sinaja stattfand. Das Agrarabkommen Rumänien und Jugoslawien wurde abgeschlossen, nach welchem diese beiden Staaten Preis und Ausfuhr ihrer landwirtschaftlichen Erzeugnisse gemeinsam regeln und gemeinsam Zollmauern gegen die Einfuhr von ausländischem Getreide errichten. Die Beteiligung Ungarns an dieser Konferenz war angefaßt durch imperialistische Gegensätze zwischen diesen Staaten und Ungarn mehr eine deklamatorische als eine wirtschaftliche. Das Agrarabkommen Rumänien und Jugoslawiens von Sinaja richtet sich in gewissem Maße natürlich auch gegen Ungarn und Österreich, aber seine Hauptfront ist nach dem Osten gerichtet, gegen die Sowjetunion!

Der nächste Schritt war die Ankündigung der Schöner-Regierung, daß in Österreich ein nationales Getreidemonopol eingeführt werden soll. Dieses Getreidemonopol ist eigentlich im Grunde genommen nur ein Monopol für die Einfuhr von Getreide. Es ist ein großartiges Unternehmen, um die Preise von Getreide und Lebensmitteln im Innern zu verteuern, die Einfuhr von billigen Getreide auszusperren und die Getreidebesitzer als politische Waffe zu benutzen. Die Regierung wird bestimmen, wieviel und woher Getreide nach Österreich eingeführt werden soll, wird auf dieses Getreide einen Preiszuschlag darauf schlagen, der in der Tat den faschistischen Staaten fließt, und wird den inländischen Getreideproduzenten so gestatten, ihre Waren bedeutend zu verteuern, da die billige ausländische Konkurrenz nicht mehr zu befürchten ist.

Als Ergänzung zu diesem Pläne tritt bereits Seipel, unterstützt von dem Chor der kapitalistischen und halbsozialdemokratischen Presse, mit dem Vorschlag auf, eine Art Zollblock zu schließen. Den Agrarländern Jugoslawien, Rumänien, Ungarn soll das ausschließliche Einfuhrrecht von landwirtschaftlichen Erzeugnissen in Österreich, Deutschland, Tschechoslowakei eingeräumt werden, worfür diese Industrieländer das Vorkaufsrecht der Einfuhr von Industrieprodukten in diese Agrarländer erhalten sollen. In diesem Sinne wird sogar die Bildung des „Agrarblocks“ von Rumänien-Jugoslawien unter Mitwirkung von Ungarn als Baustein zum Gesamtgebäude begriffen. Was hinter diesem Pläne der „mitteleuropäischen Zusammenarbeit“ steht, das ist nicht ziemlich unverständlich, die großkapitalistische „Neue Freie Presse“ aus, die einen Artikel, der den Seipelschen Plan ebenfalls beschwört, mit folgenden Worten abschließt:

Man darf sagen, daß sich in dem Agrarblock der Donauländer eine Entschlossenheit zu europäischem Bestimmen und europäischer Selbsthilfe äußert, die gegen die wirtschaftliche Gefahr der Ueberlese und des Nationalitätsspezifischen Kontinents gerichtet sind.

Allerdings haben diese Zollblockpläne von Seipel, die eine gemeinsame Front von Deutschland, Tschechoslowakei, Österreich, Ungarn, Rumänien und Jugoslawien auf dem Rücken der

wertfähigen Massen im Lande und der Sowjetunion herstellen sollen, einen gewissen Kern: Österreich-Ungarn. Es ist nur eine etwas geändert Variation, wenn auch der Vorschlag der anderen österreichischen Regierungspartei, Schluß von den Großrenten und Ungarn zur Zollamnestie mit einem Block Rumänien, Jugoslawien, Tschechoslowakei vorzuschlagen. Hier zeichnen sich auch schon deutlicher die Absichten unter den imperialistischen Staaten selbst ab. Aber bestimmend bleibt weiter das Streben, die Regierung einer gemeinsamen Stellungnahme gegen die Sowjetunion in eine Front zu bringen.

Suchen diese Kombinationen das Schwergewicht in Mittel-

und Südoberuropa, so will eine andere imperialistische Kombination das Zentrum nach Polen und Nordosteuropa verlegen. Es ist klar, daß die „Agrarkonferenz“, die jetzt in Warschau stattfindet, auch Rumänien umfaßt, nichts anderes ist, als ein Schritt der Kriegsstützungen gegen die Sowjetunion. Die von der Agrar- und Wirtschaftspolitik tief erschütterten kapitalistischen Staaten suchen eben den Ausweg mehr und mehr in den imperialistisch-krieglerischen Abenteuer gegen die Sowjetunion.

In allen Ländern ist die Begleitmusik zu diesen „Agrarkonferenzen“ und Zollblockplänen eine verstärkte Antisowjethege.

Auf dem Internationalen Genossenschaftskongress

Vorläufe der Sowjetopposition

Vergebliche Anbelung: versuche der Genossenschaftsbürokratie — Weißgardisten dürfen ungehindert hegen

Wien, 28. August. Auf dem Internationalen Genossenschaftskongress entlarvte sich so recht die „Demokratie“ der Bürokraten, denen die Unwissenheit der Sowjetdelegation äußerst unermüdlich ist und die darum mit allen Mitteln, allerdings vorzüglich, diese Delegation in ihrer Oppositionstätigkeit zu beschaffen bestrebt sind. Während ein Antrag der Sowjetdelegation gegen die Kriegsgesetze und für Hilfe an Arbeitslose und Streikende, der bereits vor Wochen eingebracht worden war, bekanntlich nicht zur Beratung zugelassen wurde, weil er „nicht rechtzeitig“ eingebracht worden wäre, wurde jedoch ein englischer wie ein französischer Antrag, die auf dem Kongress selbst gestellt wurden, zugelassen!

Genosin Butuowa übte im Namen der Sowjetdelegation scharfe Kritik an der Tätigkeit und Leitung des Internationalen Genossenschaftsbundes. Sie verwies auf die Wirtschaftskrisis und erklärte, daß die Ziele der Genossenschaften nur auf dem Wege des Klassenkampfes erreicht werden können. Als nächster sprach Genosin Solow in französischer Sprache. Sein Vorschlag wurde aber vom Vorsitzenden Tanner unterbrochen, da Genosin Solow über das Selbstbestimmungsrecht der kleinen Nationen gesprochen hatte. Ebenfalls unterbrach die Vorsitzende den Wiederbeginn des sozialistischen Entschlusses seines Landes betreffende Teiles seiner Rede. Dabei zeichnete sich die deutsche Delegation durch müde Zwischenrufe aus, wie: „Schluß machen! Komödianten! usw.“ Auch sonst verhielt die Leitung des Kongresses immer wieder, die Redefreiheit der Sowjetdelegation einzuschranken.

Auf der getrennten Sitzung wurde der französische Antrag:

„Anpassung der Koßbaler Grundzüge an die heutigen Verhältnisse“, diskutiert.

Genosse Kirzewski präferierte in klarer Weise die Einstellung und die Vorläufe der Delegation der Genossenschaften der Sowjetunion zu diesem Punkte. Er wies nach, daß diese Grundzüge in ihrer Auswirkung kapitalistische Grundzüge sind, und stellte ihnen die sozialistischen Grundzüge gegenüber, nach denen die Genossenschaften der Sowjetunion geleitet werden. Insbesondere wandte er sich gegen den Grundlag der politischen Neutralität, wodurch der Klassencharakter der Konsumvereine verneint werde. Die Reformisten haben die Konsumvereine in ein Bollwerk der Vertiefung der jetzigen Gesellschaftsordnung, in ein Bollwerk gegen die soziale Revolution verwandelt.

In der Diskussion ergriff auch der russische Weißgardist, Professor Totomian, das Wort und verurteilte die Tendenz der gemäßigten Entwicklung der Genossenschaften der Sowjetunion abzuschwächen, indem er erklärte, es seien Millionen von Arbeitenden in der Konsumvereine der Sowjetunion nur Papier Soldaten. Gleichzeitig benutzte er die Gelegenheit, um über die Opfer der angeblichen Antisowjetismus in der Sowjetunion zu sprechen, ohne daß er dabei vom Vorsitzenden gestört werden würde. Im Gegenteil, sofort nach Schluß seiner Rede veränderte der Vorsitzende Tanner Schluß der Debatte, um die Delegation aus der Sowjetunion jeder Möglichkeit zu berauben, auf diese antisowjetische Hege zu antworten.

Der Antrag der französischen Delegation wurde hierauf angenommen; es stimmte dafür auch die Delegation der Sowjetunion.

Vom Heldentum der 80000

Paris, 28. August. Der Kampf der 80000 in Stoubeitz Toucoing und Aremidiers geht mit harter Energie weiter. Gestern fanden große Kundgebungen statt, in denen die Streikenden ihre Erbitterung gegen die Schandpläne der Reformisten, die nach der gelungenen Streikabwägung in Vile auch weiterhin alle Verratschöbel in Bewegung halten, und ihrem Vertrauen zu den Parolen und der Führung der Roten Gewerkschaften Ausdruck geben.

Die faschistische „Internationale“

Romno, 27. August. Die Nationalistische Polizei hat festgestellt, daß die verbotene Organisation des gefährlichen Direktors Woldegar, der „Eiserne Wolf“, in engen Beziehungen und in regem Briefwechsel mit dem „Stahlhelm“ gefunden hat. Welche „nationalen Belange“ haben die deutschen Natio-

nalisten bei dieser Verbindung wohl zu wahren gehabt? Wir geben nicht sehr, wenn wir behaupten eines anderen Staates, nämlich der Sowjetunion, vermuten, zu deren Bekämpfung auch die nationalistischen Faschisten gern eine „Internationale“ schließen.

Die Massenarbeitslosigkeit in Amerika

Newyork, 28. August. In einer Versammlung in Buffalo kündigte der Gouverneur des Staates Newyork, Roosevelt, die Schaffung einer Arbeitslosenversicherung nach deutschem Vorbild an.

Witter Roosevelt hofft, mit seiner Ankündigung die Arbeitslosenbewegung in Amerika dämpfen zu können. Seine Berufungsschritte wird aber nicht den Erfolg haben, den er sich erhofft. Die Arbeitslosen Amerikas wissen gerade aus dem deutschen Beispiel, was sie von einer Arbeitslosenversicherung, die ihnen die Bourgeoisie beschert, zu erhoffen haben.



Copyright des Internationalen Arbeiterrotas, Berlin

52. Fortsetzung

„Ja, in Moskau ist es besser. Dort leben bedeutende Menschen; ihnen werde ich alles erzählen von Anfang bis zu Ende.“

Beim Verhör in Moskau „belehrt“ er endgültig.

„Tscheka, ich bin ein Sozialrevolutionär noch von früher her, habe nebenbei studiert und kam so als Einjährig-Freiwilliger in die zaristische Armee. Während des Krieges war ich Offizier, gehörte aber zu den Linken und arbeitete unter den Soldaten.“

„Betätigten Sie sich?“

„Sehen Sie, in den Kasernen konnte man damals in den zaristischen Zeiten nicht so streng das eine von dem anderen scheiden. Beides wurde eben kombiniert.“

„Was nennen Sie kombinieren?“ Der Verhörende konnte sich kaum vor Lachen halten.

„Aber verstehen Sie doch, es war Krieg — das heißt, nicht ich habe das zummengelegt. Dort war ein Genosse, der das so ...“

„Also machte er dieses Durchwander.“

„Ja — das müssen Sie verstehen. Ein Theoretiker war ich nie, darum sagte ich meinem Genossen, sei du der Theoretiker, und ich werde der Praktiker sein.“

„Worin bestand also Ihre Arbeit?“

„Worin sie bestand? Es gab ihn Arbeit. Man mußte Flugblätter verteilen ...“

„Haben Sie Flugblätter während des Krieges verteilt? In der Armee?“

„Ja, ja, das war auch eine Heldentat ... Wie habe ich gesteuert, wenn ich in die Kasernen ging, um die Flugblätter zu verteilen. Trotzdem haben mich keine noch so großen Schwierigkeiten davon abhalten können.“

„Sie waren doch Offizier. Wie war es Ihnen möglich, in den Kasernen Flugblätter zu verteilen?“

„Gerade weil ich Offizier war. Sie verstehen, ich ging angeblich die Kasernen zu inspizieren, und bei dieser Gelegenheit, verstehen Sie ...“

„Also, wenn Sie ein solcher Held sind, ein Mann mit einer so ruhmvollen revolutionären Vergangenheit, warum verweigern Sie nicht, warum Sie es für nicht hien, Ihre Unverletzlichkeit der Grenze Ihren Namen zu ändern? Hier hätten Sie doch ruhig Ihren richtigen Namen sagen können.“

„Sie verstehen, an der Grenze ... man ist nie sicher, ob man es mit zuverlässigen Leuten zu tun hat.“

„Und was brauchten Sie zehntausend Rubel, als Sie in Penza im Gefängnis saßen?“

„Popoff erlöste.“

„Wie meinen Sie das?“

„Wenn Sie es wünschen, kann ich Ihnen Ihren Brief zeigen.“

„Sie haben ...“ Er verlor ganz die Fassung.

„Und wer ist die Gräfin Zenggenowa? Warum die Ordnung, daß Sie verraten würden? Wozu brauchten Sie Gengani? Warum das alles?“

Der Untersuchungsrichter erhob sich.

„Hier haben Sie Papier. Der Stunden stehen Ihnen zur Verfügung. Schreiben Sie, was Sie wissen, aber genau, alle Namen und Adressen nicht nur von Russland, sondern auch aus Ostschicks Königreich. Wir müssen alles wissen, alles, hören Sie? Glauben Sie ja nicht, daß Sie vor uns etwas verbergen können. Wir wissen alles, und was wir heute noch nicht wissen, werden wir morgen erfahren. Solche Sozialrevolutionäre wie Sie fliegen uns föhndlich zu.“

Der Anwalt entwirrt sich

Von drei verschiedenen Richtungen kamen zur gleichen Zeit dieselben Nachrichten. Aus allen ging hervor, daß irgendwo eine Zentrale existierte, von der aus eine großangelegte Verschwörung organisiert wurde. Wenn man ihrer nicht sofort Herr wurde, konnte sie die Lage ernstlich bedrohen.

In der Moskauer Tscheka wurde Tag und Nacht fieberhaft gearbeitet. Außerhalb merkte man kaum etwas davon. Es sah aus, als ob in der Nähe ein Schwermantler läge, um den man auf Zehenspitzen ging, um seine Rufe nicht zu hören.

In einem hellerleuchteten Zimmer befanden sich drei Männer mit besorgten Gesichtern.

„Das ist eine sehr verwickelte Geschichte.“

„Haben Sie Wasfas Brief gelesen?“

„Natürlich. Die Nachrichten, die von Viktor aus Petrograd kamen, sind der gleichen Art. In beiden Briefen dreht es sich um zwei Personen: Professor Stschepkin und Bankrotoff.“

„Die Situation sieht sich immer mehr. Durch Stschepkins Spur ist es uns gelungen, mehrere hundert Leute zu verhaften. Weitere Verhaftungen werden mir in der nächsten Woche vornehmen.“

„Vielleicht wäre es schon an der Zeit, Stschepkin persönlich zu fassen?“

„Das nicht. Es ist noch zu früh. Stschepkin ist noch abnungslos; dadurch ist es uns möglich, weiteren verdächtigen Personen auf die Spur zu kommen.“

„Die Menschewitz spielen bei diesem Komplott keine geringere Rolle als die Sozialrevolutionäre.“

„Eine „passive“ Rolle ... Sie haben es sich die Kasanien von anderen aus dem Feuer holen zu lassen. Sie kommen nur zu „Informationszwecken“. Eine formale Gesellschaft.“

„Das sind Owerschlaue. Immer haben sie eine Ausrede bei der Hand.“

„Ist es sonst etwas Neues?“

„Popoff, der aus Penza hierher gebracht wurde, hat uns Aufschluß über alle weißen Organisationen gegeben. Er gab uns auch eine Parole, die uns den Zugang zu ihren Geheimorganisationen verschafft.“

„Ist es die richtige Parole?“

„Wir haben sie bereits erprobt. Wir haben Viktor aus Petrograd angefordert, um er hat sich bereits mit dieser Parole mit dem Popen auf dem Bahnhof getroffen. Er geht schon bei ihnen aus und ein. Seine Aufgabe ist die Kontrolle ihrer Organisationen an der Front. Zu diesem Zweck ist er getreten nach Denikins Frontabschnitt kommandiert worden.“

„Und Arke Deutschmann?“

„Der ist zu Popoff gefahren. Angeblich ist er von den Weißen zu ihm geschickt worden. Er fuhr mit einem Mandat vom ZA, der SA.“

(Fortsetzung folgt.)

Bauer, komm mit uns!

Was die deutsche Sowjetrepublik den Kleinbauern gibt — Von Heinz Neumann

Alle Bauern überlegen sich in dem letzten Wahlkampf, welcher Partei sie ihre Stimme geben sollen. Rot und Glend herrschen im gesamten deutschen Bauerntum. Ganz besonders auch bei den Massen der kleinen Bauern von Brandenburg, Lausitz und der Grenzmark. Alle politischen Parteien erdenken sich pfeilschnell ihr Herz für die Bauernschaft und versuchen auf dem Lande Stimmen zu fangen. Ganz besonders befechtigen sich in dieser Hinsicht die Nationalsozialisten, diese schimmlichen Bauernfeinde, die im Reichstag für alle wackeren Steuern, die den Bauern drücken, für die verbrecherischen Industriezölle und Schutzzölle, die den arbeitenden Bauern in seiner Existenz bedrohen, gestimmt haben.

Warum gehen wir in das Parlament?

Wir Kommunisten verachten und bekämpfen das Parlament. Wir wissen, daß aus der Schwärzhölle, genannt Reichstag, die dem Parlament und Bauern herauströmten kann. Wir sind eine antiparlamentarische Partei.

Wir gehen ins Parlament nur, um seine Arbeiter- und



Bauernfeindliche Tätigkeit zu führen, um die parlamentarischen Schieber und Betrüger vor den Volkswahlen zu entlarven und die angebotenen Massen in Stadt und Land in den Kampf gegen Parlament und Kapitalismus zu führen.

Wir kämpfen für die deutsche Sowjetrepublik. Wir kämpfen dafür, daß eine Arbeiter- und Bauernregierung mit diktatorischer Gewalt das Schicksal Deutschlands bestimmt. Eine solche Regierung, gestützt auf den Willen, das Vertrauen und die Macht von Millionen Arbeitern und Bauern wird den räuberischen Young-Plan, der uns heute zugrunde richtet, in Stücke zerlegen.

Kommunisten und Eigentum der Bauern

Die Regierung der proletarischen Diktatur wird den Sozialismus in Deutschland aufbauen und alle Feinde der Wertvollen schonungslos niederschlagen. Die schwerreichen Kapitalisten und ihre Agenten, die sozialdemokratischen und halbkommunistischen Bauernführer, wollen dem Volke einreden, daß wir Kommunisten nur für die Arbeiterchaft kämpfen und den Bauern ihr Eigentum wegnehmen wollen. Das ist eine unverschämte Lüge, ein frecher Schwindel, um den Bauern einzuschüchtern und vom Kampf gegen ihre Feinde abzubringen.

Wir Kommunisten sind die glühendsten Kämpfer nicht nur für die Freiheit der Arbeiterklasse, sondern auch für die Freiheit des Bauernums aus Not und Notwendigkeit, für den Sieg des arbeitenden deutschen Bauern über die Schmarotzer und Ausbeuter, über die Wucherer und Junker, die ihm sein letztes Hab und Gut wegnehmen, die ihn ausbeutern, auszunutzen, buchstäblich plündern und ihm dann noch sein letztes Stück Vieh, sein Inventar und sein Arbeitsgerät pfänden.

Wir wollen Schluss machen mit diesen Zuständen. Arbeiter und Bauern gehören zusammen. Sie müssen eine gemeinsame Front bilden. Wir haben nur einen gemeinsamen Feind: das ins und ausländische Großkapital, mit dem die Gutsherrscher, den reichen „Herrenbauern“ mitamt ihren Nazis und Sozis.

Wir Kommunisten sind die einzigen wirklichen Bauernfreunde in Deutschland, die davon nicht soziale Worte machen, aber dafür um so konsequenter für die Interessen und Forderungen der arbeitenden Bauern eintreten.

Was bringt Sowjetdeutschland den Bauern

Wir Kommunisten bringen dem arbeitenden Bauer im Augenblick unserer Machtgreifung sofortige und vollständige Schuldenfreiheit.

Wir Kommunisten bringen dem arbeitenden Bauer im Augenblick unserer Machtgreifung sofortige und vollständige Steuerfreiheit.

Wir Kommunisten bringen dem arbeitenden Bauer im Augenblick unserer Machtgreifung sofortige und vollständige Freiheit von allen Nachzinsen, von allen Hypotheken, von allen Wucherzinsen, die er heute zahlen muß.

Wir Kommunisten bringen dem arbeitenden, dem Landarmen und landungsreichen Bauer im Augenblick unserer Machtgreifung den Grund und Boden, den er zu seiner Sicherstellung braucht und den wir den Großgrundbesitzern mit Hilfe der Diktatur abnehmen werden.

Das ist unser bolschewistisches Agrarprogramm. Wir denken nicht daran, das Arbeitseigentum des werktätigen Bauern, seine Ackeranbau, sein eifrig verdientes Hab und Gut, sein Bauernhaus, sein Vieh, sein Inventar, seine Werkzeuge und Geräte anzutasten.

Zusammenstoß zum Wohle jedes Einzelnen

Dafür bringen wir mit unerschütterlicher Sicherheit dem arbeitenden Bauern in dem Augenblick, wo wir Kommunisten die Sowjetmacht errichten, noch etwas anderes, was vielleicht noch viel wichtiger ist als alles bisher Genannte.

Wir werden dem Beispiel der Sowjetunion, dem Vorbild der russischen Volkswirtschaft folgen. Wir werden alle kleinen und mittleren Bauern, alle werktätigen Landwirtschaftsgenossenschaften planmäßig, um zum System der kollektiven Bodenbearbeitung mit Hilfe der modernsten Maschinentechnik, unter Verwendung von Traktoren, Automobilen und Mähdrehschneidern nach dem Muster der modernen amerikanischen Technik überzugehen.

Wir werden dazu niemanden zwingen. Wer freiwillig in die Produktionsgenossenschaften eintreten will, soll es tun. Wer nicht will, bleibt draußen, ohne daß wir ihn deshalb irgendeine benachteiligen. So geschieht es jetzt in der Sowjetunion. Alle Behauptungen, daß man dort die Bauern gezwungen wolle kollektiviert, sind feste Lügen der Kapitalisten, um den Bauern Sand in die Augen zu streuen.

Was ist in der Sowjetunion?

Was geht in Wirklichkeit in der Sowjetunion vor? Die dortige bolschewistische Regierung liefert den heutigen Bauerngenossenschaften, den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften Traktoren und die modernsten landwirtschaftlichen Maschinen jeder Art. Mit ihrer Hilfe wächst die Anbaufläche von Jahr zu Jahr. Allein in diesem Jahr um die gewaltige Flächengröße von 7,4 Millionen Hektar, also um fast das Doppelte von der ganzen landwirtschaftlichen Nutzfläche aller deutscher Betriebe unter fünf Hektar, die zusammengekommen im ganzen Reich nur 4,5 Millionen Hektar betragen.

Und wie sieht es mit den Ernterträgen? Die Getreideerträge werden verdoppelt, verdreifacht und sogar verdreifacht, wenn man anstatt der mühseligen unerbittlichen Handarbeit und dem rücksichtslosen Pflügen, Säen, Mähen, Dreschen und Transport mit Pferdekräften moderne Maschinen anwenden kann. Diese Maschinen ersparen menschliche und tierische Arbeitsleistung. Sie vollbringen in einigen Stunden das gleiche, was der Bauer mit seiner Hände Kraft und seinem Pferd viele Monate braucht.

„Gigant!“

Wir wollen nur ein Beispiel anführen. Auf der südrussischen Krasnodarsteppe wurde im vorvorigen Jahr das Riesengut „Gigant“, der größte landwirtschaftliche Betrieb der ganzen Welt, der die ungeheure Fläche von 114.000 Hektar mit bestem Getreide bebaut, gegründet. Dieses Gut hat weder in Europa noch in Amerika seinesgleichen. Das Sowjetgut „Gigant“ hat in diesem Jahr 114.000 Hektar mit den modernsten Mähdrehschneidern bearbeitet. Eine solche Mähdrehschneidmaschine mäht, dreht, schneidet und sortiert binnen acht Stunden 20 Hektar Getreide. Zur Bedienung dieser Maschine sind pro Tag fünf Mann erforderlich. Dagegen kann bekanntlich eine Bauernfamilie von

fünf Personen, die vom Sonnenaufgang bis in den späten Abend hinein ununterbrochen arbeitet, im Höchstfalle an einem Tage einen Hektar abmähen und den Ertrag der gleichen Bodenfläche in vollen drei Tagen abdreihen, wenn keine Maschinen verwendet werden. Also bei der Einzelwirtschaft ein Hektar in 12 bis 13 Stunden — in der kollektiven Sowjetwirtschaft mit Maschinen 20 Hektar in acht Stunden.

Auf dem Sowjetgut „Gigant“ wird die gesamte Ernte von 114.000 Hektar binnen 20 Tagen durch 4000 Mann mit Traktoren und Mähdrehschneidern eingebracht. Bei der Handarbeit des bäuerlichen Einzelbetriebes unter dem Kapitalismus wären dazu über 100.000 Bauern notwendig, die mehr als ein Jahr zu der Arbeit brauchen würden, die binnen 20 Tagen auf dem „Gigant“ verrichtet wird. Aber das würde gleichzeitig bedeuten, daß die gesamte Ernte zur Verpflegung dieser 100.000 Mann und zur Fütterung ihrer zahllosen Pferde verbraucht würde, so daß die Ernte keinen Heberesatz liefern könnte und der Bauer nichts verdienen würde.

In der Sowjetunion haben wir jetzt einen Aufschwung der Bauernwirtschaft, wie man ihn sich vor wenigen Jahren noch nicht träumen ließ. Die Saatfläche wächst, die Erträge wachsen, der Wohlstand, die Lebensfreude und die Arbeitsfreude des Bauern wachsen. Das hat der russische Bauer dem Sozialismus zu verdanken, weil er sich von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern nicht einschüchtern und nicht gegen die Arbeiterchaft beugen ließ. Er hat planmäßig mit der Arbeiterchaft zusammen die roten Fahnen des Kommunismus die Revolution durchgeführt und mit den Kapitalisten, Großgrundbesitzern, Sozialdemokraten und Faschisten vollständig Schluss gemacht. Jetzt hat er es besser als der deutsche Bauer.

Der Sowjetbauer hat schon jetzt 82.000 kollektivwirtschaften, in denen sich 4 Millionen früherer Einzelwirtschaften freiwillig zu Produktionsgenossenschaften mit gemeinamem Großmaschinenantrieb zusammengeschlossen haben. Es entstehen in den kollektivierten riesengroßen Wirtschaftseinheiten mit einer durchschnittlichen Bodenfläche von 1200 Hektar. Dort gibt es keine Großgrundbesitzer mehr, sondern der kleine Bauer, der vor ein paar Jahren noch hungerter und verzweifelte, ist heute selbst, zusammen mit seinen Arbeitskollegen, „Großgrundbesitzer“, der teilweise ein größeres Gebiet bewirtschaftet als irgendein Junker in Preußen oder Ostpreußen.

Bauer, deine Liste 4!

Trotzdem der Sozialismus markiert in der Landwirtschaft. Auch in Deutschland werden wir dazu kommen. Schluss mit dem Hunger! Schluss mit dem Nachtweiser! Schluss mit Wucher, Hypotheken und Steuern, mit Industriezölle, mit Panzern und Gewichtsvollziehern, die den Bauern frachten und festhalten.

Keine Zwangsversteigerungen mehr. Keine Pfändungen mehr. Kein Grund mehr. Keine Sorgen mehr um Franz und Kinder. Keine Angst vor dem Faschismus. Freiheit für den arbeitenden Bauern. Deutsche Bauern und Arbeiter Arm in Arm gegen den Kapitalismus für die proletarische Diktatur! Für Sowjetdeutschland! Für die Arbeiter- und Bauernregierung! Dafür kämpfen wir Kommunisten.

Wer dafür ist, geht mit uns. Wer dafür ist, wählt am 14. September Liste 4.

Blutsauger Grüne Front und SPD.

Das Verbrechen an den Klein- und Mittelbauern

Im Frühjahr 1920 bildeten die Großgrundbesitzer die sogenannte „Grüne Front“. Sie wandte sich nicht nur an die ihr nahestehenden Parteien, wie Deutsche Nationalpartei, Deutsche Bauernpartei, Bayerische Volkspartei, Christlich-Nationale Bauernpartei, Zentrum und andere, um ihre gegen die wertvolle Bevölkerung in Stadt und Land gerichtete Politik durchzuführen. Die SPD. und die Hermann-Müller-Regierung führten bedeutendste jede Förderung der „Grünen

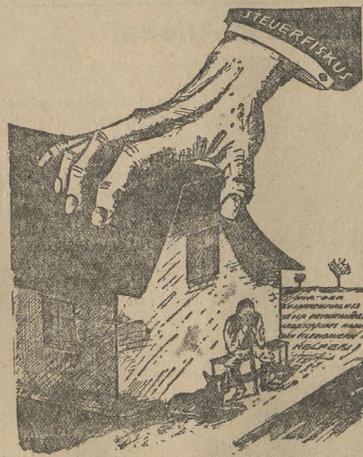
Front“ durch, erfüllten jeden Wunsch der Junker und Großgrundbesitzer.

Milliarden-Subventionen flossen jedes Jahr in die Taschen der letzten Großgrundbesitzer aus dem Staatshaushalt der Hermann-Müller-Regierung. 200 Millionen Subventionen im Jahre 1928. Dann folgte der fünfjährige Plan Dietrichs, der 100 Millionen Subventionen vorsah. Im Nachtragsetat von 1929 vergrößerte Hermann Müller auf die Zurückzahlung eines den Junkern im Jahre 1928 von der damaligen Bürgerregierung gewährten Dämmittelkredits in der Höhe von 65 Millionen Mark, jedoch die Großgrundbesitzer auch im Jahre 1929 nahezu 80 Millionen Mark Subventionen erhielten. Für das Jahr 1930 plante die Hermann-Müller-Regierung 68 Millionen Subventionen. Dazu kommt das sogenannte Agrarprogramm mit rund 2 Milliarden Mark für die ostpreussischen Junker.

Steuerraub — Wucherzölle

Sind schon diese Subventionen, die die Macht der Großgrundbesitzer gewaltig verstärken, ein ungeheurer Schlag gegen die Kleinbauern und Landarbeiter, so hat die Hermann-Müller-Regierung noch außerdem durch ihren ungeheuren Steuerraub, sowie durch ihre Wucherzölle, die Kleinbauern aufs schwerste bedrängt. Denn grenzenlose Not und Tenierung sind eine unmittelbare Folge der Wucherzölle, und die Steuererläutoren pfänden dem Kleinbauern die letzte Krone aus dem Sack. Die Erhöhung der Verbrauchsteuern, die den Großgrundbesitzer in nichtbedeutender Weise bezogen, die Ablehnung der kommunikativen Anträge auf Befreiung der mitarbeitenden Familienangehörigen von der Einkommensteuer, das sind die Reaktionen, die Hermann Müller auf die Klein- und Mittelbauern niederschickte. Befreiung, der Grundbesitzer für die armen Bauern, von den Kommunisten immer wieder gefordert, ist ein weiterer Schlag gegen das arme Landvolk.

Die „Grüne Front“ und die SPD. beide sind Todfeinde der kleinen Bauern. Nur die kommunistische Partei kämpft ernsthaft gegen Großgrundbesitzer und Verrentkapital, für die Befreiung des kleinen Bauern aus dem Sklavenjoch. Dieser Partei, der Liste 4, allein gehört deine Stimme!



Rund um den Erdball

Ueber 100 Arbeiter in Lebensgefahr

Giftgastatastrophe in Kolorado

26 Arbeiter schwer gasvergiftet

Denver, 28. August. Ein mit 110 Tonnen flüchtigem Chlorin beladener Tankwagen wurde vor einer Fabrikanlage für feuerfeste Tonprodukte beim Rangieren led. Im Nu entwickelten sich gelbe Giftschwaden von Chlorämdämpfen. 26 Arbeiter, darunter mehrere Feuerwehrlente, wurden in benachbarten Krankenhäusern gasvergiftet ins Krankenhaus gebracht werden. 100 weitere Arbeiter konnten sich zum Glück noch rechtzeitig in Sicherheit bringen.

„Neches“ ertranken. Mehrere Verunglückte konnten von Küstenschiffen in letzter Minute aufgegriffen und in Sicherheit gebracht werden. Der Steuermann des Schleppdampfers verwickelte sich beim Untergang seines Schiffes im Taubwerk, aus dem er sich nicht mehr zu befreien vermochte.

Großfeuer vernichtet Wohnbaracken

Am Mittwoch früh entfiand in den städtischen Wohnbaracken von Ehrenbreitstein ein Feuer, wodurch in kürzester Zeit die Baracken eingestürzt wurden. Die Bewohner konnten sich, nur notdürftig behelfend, in Sicherheit bringen. Alles Hab und Gut dieser Vermissten der Armen wurde vernichtet. Zahlreiche Personen sind nunmehr obdachlos geworden.

Vermisster tot aufgefunden

Der seit dem 2. August d. J. vermisste 18jährige Wiener Schüler Fritz Blagitz ist bei Würmland in Rärnten tot aufgefunden worden. Er war auf einer Bergwanderung abgestürzt.

Schiffskatastrophe im Newyorker Hafen

Dierzehn Seelen ertranken

Newyork, 28. August. Bei der Einfahrt in den Hafen von Newyork gegenüber Coney Island stieß der Dampfer „Nedoc“ mit einem Gasenckschiff in voller Fahrt zusammen. Beide Schiffe sanken auf der Stelle. Dierzehn Mann der Besatzung des Dampfers

Die Frau eines Reichswehroffiziers verübt

Selbstmord aus dem Flugzeug

Körper der Selbstmörderin fällt dicht vor einem Bauer nieder

sprang die 22jährige Witwe des vor einigen Tagen in Berlin bei einem Herberennen verunglückten Reichswehroffiziers Amlinger bei Hanau in selbstmörderischer Absicht aus einem Flugzeug. Sie befand sich auf dem Wege zur Verlobung ihres Mannes nach Berlin.

Als Augenzeuge dieses Vorfalles meldete sich ein Bauer der gerade auf seinem Felde arbeitete. Als das Flugzeug gerade über ihm war, blinnte er einmal von seiner Arbeit an und sah unbedeutlich, wie in einem Fenster des Flugzeuges sich plötzlich eine Gestalt zeigte, die sich hinausstürzte und in die Tiefe stürzte.

Nachdem der Bauer sich von dem ersten Schreck erholt hatte, eilte er hinzu und fand die geschnitzte Leiche einer Frau.

Die sofort angestellten polizeilichen Ermittlungen ergaben daß sich Frau Amlinger aus etwa 1000 Meter Höhe über dem Ort Killanstädten aus dem Flugzeug gestürzt hatte. Die Flugzeugpassagiere selbst haben von dem Verschwinden der Selbstmörderin nichts bemerkt. Erst nach der Landung in Erfurt bemerkten sie zu ihrer Verblüffung das Fehlen der in Frankfurt eingetiegenen Mitpassagierin.

Auf dem Platz, den Frau Amlinger im Flugzeug eingenommen hatte, fand man ihre Handtasche und ihren Paß. Beim nächsten Anblick erkannte man auf der Rückseite ihres Passes die mit Bleistift geschriebene Bitte, Bekannte in Frankfurt (Main) von ihrer Verzweiflungstat zu verständigen. Außerdem fand man einen längeren Abschiedsbrief sowie ein Testament.

Wie noch ergänzend bekannt wird, hat sich Frau Amlinger oben im Flugzeug, ohne daß jemand darauf achtete, in den Waschkabine begeben. Dort befindet sich ein

kleines Fenster, das sie öffnete, sich durchzwängte und sich schließlich in die Tiefe hinabstürzte.

Der Flugzeugführer selbst teilt mit, daß er einmal während des Fluges eine leichte Erschütterung am Steuer wahrgenommen

habe, die er sich nachträglich als Folge des Absturzes der Selbstmörderin erklären könne. Als einen glücklichen Zufall bezeichnet er den Umstand, daß der Körper der Selbstmörderin nicht gegen die Glasflügelungsfläche und gegen das Steuer gestraßt ist. Wäre das eingetreten, so hätte das Flugzeug ebenfalls abstürzen können.

Spinale Kinderlähmung in Westfalen

Nunmehr ist auch bei drei Mädchen und einem Knaben in Bostrop in Westfalen von Spezialärzten die spinale Kinderlähmung festgestellt worden. Die Krankheit wird in Verbindung mit der Herbstwitterung der vergangenen Tage gebracht.

Notiz der vorgeschrittenen Jahreszeit

Hitzewelle über Europa

Fünf Todesopfer in England — 37 Grad in Paris — Betriebseinstellungen in Spanien

London, 28. August. Die seit mehreren Tagen in England herrschende ungewöhnliche Hitze hat bisher fünf Todesopfer gefordert. Wie die Wetterpropheten voraussehen, soll ein Temperaturumschlag in nächster Zeit nicht zu erwarten sein.

Auch in Paris hat die Hitze noch weiter zugenommen. Am Mittwoch wurden dort 37 Grad im Schatten gemessen. Zahlreiche Hitzschläge waren die Folge dieser ungewöhnlichen Hitze.

Desgleichen kommen Meldungen von einer Gluthitze aus Spanien. So wurden in Madrid am Mittwoch 50 Grad gemessen. In den Abendstunden wurde die spanische Haupt-

Das rote ABC

L

Den Lohnabbau für die, die nichts haben! Für die andern Luxus und Liebesgaben! Wer Lebensmittel nicht kaufen kann, Was geht das den Loebe und Leipart an? Die drehen ihr Lied auf dem Leierkasten für Ledigensteuer und andere Lasten. Doch die für höheren Lohn eintreten, Helfen bei denen Lumpenproleten! Setzt diese Lakaien auf schwarze Listen!

Wählt Kommunisten!

„Bei mir prallte ab...“



In München hat man neuerdings probeweise Verkehrsposten aus Gummi eingeführt, wodurch Verkehrsunfälle vermieden werden sollen. Wie unser Bild andeutet, bestehen diese Verkehrsposten aus äußerst elastischem Vollgummi, wodurch sie in der Lage sind, jede „Anremplung“ sanft, aber bestimmt zurückzuweichen. Also — bei mir prallte ab.

Die Bombenlegerkomödie in Altona



Die Gerichtskomödie, genannt Bombenlegerprozeß in Altona, nimmt seinen Fortgang. Seitens des Klassengerichts wird nichts versäumt, um die Verbrechen der gutbezahlten „Kämpfer“ für die Interessen der notleidenden Bauernschaft“ zu bagatellisieren. Insbesondere hat es ihnen die Presse angetan, deren Berichterstattung sie durch alle erdenklichen Schikanen zu hintertreiben versuchen. Unser Bild zeigt die 21 „Vorkämpfer“ der holsteinischen Landvolkbewegung auf den Anklagebänken.

WEN WÄHLT DAS DEUTSCHE VOLK AM 14. SEPTEMBER?

Welches ist der Ausweg aus Untergang und Zusammenbruch: Kommunismus oder Nationalsozialismus, Sowjetdeutschland oder das „dritte Reich“?

Diese Frage beantwortet die Broschüre

HITLER ODER KOMMUNISTEN

10 Pfg.

Diese Schrift ist unsere beste Waffe gegen die Nazi-Demagogie! Sie muß in hunderttausenden Exemplaren verbreitet werden.



INTERNATIONALER ARBEITER-VERLAG BERLIN C 25

Jungarbeiter, Eure Stoßbrigade ruft

Heraus zum 16. Internationalen Jugendtag!



§ 48 - Gummi-Fußpfeil und Staatsanwalt sind Trampf in der deutschen Republik.

Jehn Jungarbeiter wurden in den letzten Monaten von Polizei und Nazis ermordet, hundert ins Gefängnis gesteckt, das ist die Blutsilanz.

Und unsere Antwort!

Gegen dieses Deutschland des Arbeitermordes, des Hungers, der Not und Unterdrückung. Für ein freies sozialistisches Deutschland.

Sinein in den Kommunistischen Jugendverband!

Werdet rote Wahlhelfer der KPD. Wählt und agitiert für Kommunisten, Liste 4.

Auf zu den Aufmärschen am 16. Internationalen Jugendtag am 6. September in:

Helfera für die Unterbezirke Nordhausen, Mansfeld, Halle, Schöneberg.

Wittenberg für die Unterbezirke Wittenberg, Bitterfeld, Eisenburg.

Torgau für die Unterbezirke Torgau und Lützenwerda.

Diese Jungarbeiter kann man gerade so lassen:

Von 31 Fortbildungsschülern 29 im KJVD.

Die beiden anderen treten sofort auch bei - Bald wäre Hundertmark geplakt

UNA. In der Berufsschule der Mansfeld A.G. ist ein Lehrer angeheilt mit Namen Sundermair, welcher sich als Reichsfeind hergibt. Unter den Schülern seiner Klasse ist ein katzenhafter Jungarbeiter. In einer Redenstunde konnte dieser junge Arbeiter einmal eine Redenaufgabe nicht lösen, da fragte ihn der Lehrer, was er in der Schule gelernt hätte. Der Jungarbeiter sagte natürlich, da er in der Schule sehr fromm erzogen worden war, daß sie nur Religion richtig gelernt hätten. Darauf wollte der Herr Hundertmark natürlich wissen, ob er denn immer noch fleißig in die Kirche gehe, aber da kam er schon an.

Wein, der junge Kamerad ging nicht mehr in die Kirche. Auf die Frage des Lehrers, weshalb er dies veräume, gab ihm der Jungarbeiter die Auskunft, daß ihn die Genossen des Kommunistischen Jugendverbandes davon überzeugt hätten, daß es falsch und nutzlos ist, in die Kirche zu gehen.

Kam mußte der Lehrer natürlich wissen, ob da vielleicht in seiner Klasse noch jemand ist, der nicht mehr in der Kirche ist und sich zu den Kommunisten zählt und deshalb fragte er die ganze Klasse, wer von den jungen Kameraden noch zum Kommunistischen Jugendverband gehöre.

Darauf erhob sich die ganze Schulkasse, die aus 31 Jugendlichen besteht, von den Klängen bis auf zwei Kameraden, die sich aber, nachdem sie sehen, wie einmütig ihre anderen Kameraden sich zum KJVD bekennen, ebenfalls sofort in die einmütige Front einreihen und sich ebenfalls zum Eintritt in den Jugendverband anmelden.

Das hatte der neugierige Lehrer natürlich nicht erwartet. Seine Mut und dieser Tatsache brachte er im Laufe des Tages durch viele Schimpereien und Intemperaten immer wieder zum Ausdruck. Wenn aber diese Klasse, die aus lauter so frommen Jungens besteht, ihre Einmütigkeit benutzte, dann wird weder dieser, noch ein anderer Lehrer frech werden dürfen. Denn revolutionäre Einigkeit macht stark.

Verfassungsrummel in der Fortbildungsschule

UNA. Ich gehe in Wittenberg in die Fortbildungsschule, und zwar bei einem sehr verfassungstreuen Lehrer. Wir haben Dienstags Schule und da am Montag schon Verfassungstier war, konnte er nur zehn Minuten feiern, was er sehr bedauerte. Aus der Rede, die er hielt, will ich folgendes schreiben: Etwas so wie Blumen am Geburtstag eine Aus schmückung sind, so ist auch der

Jungwähler!

sichert Euer Wahlrecht. Seht nach, ob ihr in der Wählerliste steht!

Die SPD. für Arbeitsdienstpflicht!

„Deutsche Arbeitsarmee nur möglich unter Führung der Gewerkschaften“
„Schreibt die „Bremer Volkszeitung“

UNA. Die Einführung der Arbeitsdienstpflicht spukt schon lange in den Köpfen der Reaktionsäre aller Richtungen. Die Wirtschaftspartei hatte bekanntlich im Reichstag schon einen Gesetzesentwurf zur Durchführung der Arbeitsdienstpflicht eingebracht. Arbeitsdienstpflicht soll jeder Deutsche zwischen 17 und 25 Jahren sein.

Die Arbeitsdienstpflichtigen sollen in Kategorien untergebracht, Kleidung und Verpflegung sowie eine Tagelohnung von 40 Pfennig erhalten.

In erster Linie sollen Arbeiter auf land-, forst- und forstwirtschaftlichem Gebiet, Hilfsarbeiten aus dem öffentlichen Verkehr, Rangheiferarbeiter und Notkundsarbeiten für die Arbeitsdienstpflicht in Frage kommen. Das Führermaterial will die Wirtschaftspartei aus Beamtenkreisen entnehmen, Beamtente entlassene Heeresangehörige sollen bei der Auswahl bevorzugt werden.

Die sozialdemokratische Presse hat den wirtschaftsparteilichen Antrag sehr aufmerksam behandelt. Die „Bremer Volkszeitung“, Organ der SPD, und der freien Gewerkschaften, schreibt zu dem Vorschlag der Wirtschaftspartei folgendes:

„Gewiss, es wäre sehr schön, wenn man den Arbeitsmarkt durch eine Hebung der jetzt niedrigen Arbeitslöhne für außer-arbeitsmarktliche Arbeit entlasten könnte. Es wäre auch nicht schade, wenn man dem schäumenden Kräfteüberschuß, das sich Tag für



1914, zu Wilhelm's Zeit: 2 Jahre Dienstpflicht 40 Pfennig Löhnung pro Tag, grenzenlose Reuteicherei.

1930, zu Hindenburg's Zeit: 1 Jahr Arbeitsdienstpflicht 1 Pfennig Löhnung pro Tag, Wilhelm's Deutschland sollen Verwundung finden.

Tag und Nacht für Nacht in den Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten ausbleibt, knirschbringende Besamungsmöglichkeiten bieten würde. Aber mit dieser Besamung, ist noch die gewiß neue Gefahr der deutschen Bevölkerung teilen, ist noch das nicht getan, so einfach, wie sich die Herren Wirtschaftsparteiler die Dinge ausmalen, liegt das Arbeitsdienstpflichtproblem denn doch nicht. Auch das neue Arbeitsmittel kostet Geld. Das erste Ziel müßte sein, daß sich die Arbeitsarmee zu nicht selbst ernährt und verlost. Hierzu wären aber genaue Berechnungen notwendig. Noch schwerer ist die Lösung der Führerfrage. Eine deutsche Arbeitsarmee ist, wenn sie möglich ist - nur möglich unter Führung der Gewerkschaften.

Die SPD spricht sich hier ausdrücklich für Einführung der Arbeitsdienstpflicht aus. Sie will nur die Führerfrage selbst stellen. Die deutsche Arbeitsarmee, mit 40 Pfennig Tagelohn, unter Führung der Gewerkschaftsverbände, das ist das Ideal der SPD. Eine Arbeitsarmee soll geschaffen werden, die sehr leicht in eine Kriegsararmee umgewandelt werden kann, das will die SPD.

Jungarbeiter! Jungarbeiterinnen! Gebt ihnen am 14. September die Antwort. Wählt KPD, Liste 4!

Jungarbeiter schmeißen die Klage hin

Das hilft, die Forderungen werden durchgesetzt

UNA. Hier auf dem Werksplatz in der Abteilung Vererbung arbeiten einige große Laternen. Da wollen zum Beispiel Arbeiterverleiher während der Arbeitszeit notwendigerweise einmal austreten und fordern aus diesem Grunde Abfertigung vom Wiegemeister Stange und vom Vorarbeiter Kudei wurde jedoch erklärt: „Schließpausen während der Arbeitszeit gibt es nicht.“ (Ein jeder ist seiner Ausdrucksweise würdig!) Daraufhin ließen dann die Jungarbeiter sich entschließen einfach den Strang laufen und gehen austreten. Wartenbrannt erklärte nun der Wiegemeister Stange den Junglumpen: „Die ganze Bräule wird für diese Woche gekürzt!“ Daraufhin gingen dann die Jungarbeiter am anderen Tage geschlossen zum Betriebsleiter Schatz und beschwerten sich dort.

Dieser Vorfall der Jungarbeiter hatte Erfolg, denn der Betriebsleiter war gezwungen, zu erklären, daß die Elemente vom ihrem Rechte wären. Hieraus erhief man, daß die Elemente vom Schläge eines Stange und Kudei ganz eigenmächtig gehandelt haben. Mit dem Widerstand der Junglumpen hatten sie wahrhaben. Mit dem Widerstand der Jungarbeiter, der besten Laternen gleichmäßig nicht gerechnet. Bravo, Jungarbeiter, der besten Laternen stets die richtige Antwort. Kämpft auch weiterhin für eure Forderungen.

Meister Kluge soll vor seiner eigenen Tür lehren

Bauschling, laßt Euch nichts vormachen

UNA. Auf der Bauhütte „Saale“, Suttenshule, hat die Arbeiterbewegung immer noch kein Echo gefunden. Bei der Firma Kette rich wird im wilden Eifer gekämpft. Ein im vierten Lehrjahre stehender Lehrling schreit sogar laute Worte. Die anderen Lehrlinge, die im ersten, zweiten und dritten Lehrjahre stehen, müssen oft Kalk lösen. Sand und Kies transportieren und sonstige andere Bauarbeiterliche verrichten. So sollen nun da die Lehrlinge das Maurerhandwerk erlernen?

Am 27. Juli war nun eine Lehrlingsprüfung von der Bauhütte, auf der der Prüfungsausschuss eine kurze Ansprache hielt. Strenge militärisch ließ er uns in zwei Gruppen antreten. Als ein Lehrling auf diesem Treiben eine inoffizielle Miene machte, wollte dieser Meister dem Lehrling sofort eine Ohrfeige runterwerfen. In seiner „wohlgeleiteten“ Rede führte er dann aus, daß die Lehrlinge von heute nichts mehr leisten und daß die Maurerarbeit von früher arg darniederliegt. Er behauptet, kein Maurerlehrling könne mehr einen Bogen mauern, und ein Zimmererlehrling wäre nicht einmal mehr in der Lage einen Habel zu zusammensetzen. Diese Aufreden wollen die Herren durch diese Prüfungen bewerkstelligen. Jeder Lehrling soll „erlernen, wieviel er noch zu erlernen hat, auch nach der Lehrlingsprüfung.“

Derlei Prüfungsausschüsse Kluge laßt seine Lehrlings Tag für Tag auf der Bauhütte „Saale“ arbeiten ungelernete Arbeiter verrichten, indem sie beim in den Neubau hineinlaufen müssen! Hier legen wir, wie einst die der Spere mit den Lehrlingen und der Ausbildung nicht.

Den Lehrlingen der Gesamtbaustelle aber rufen wir zu: „Organisiert Euch im KJVD, kämpft mit uns gegen Lehrlingsausbeutung und Lehrlingsgeißel.“ Wählt überall rote Jugendbrüderauslese. Schließt Euch als Betriebsgruppe der KPD an. Schickt Delegierte zum Jungarbeiterkongress.

An alle Lehrlinge und Jungarbeiter ergeht der Ruf:

Heraus zum Internationalen Jugendtag am 7. September! Demonstriert mit uns für eure Forderungen unter der Fahne des KJVD.



Berufsschüler, wehrt Euch!

Gegen Prügel und Karzerstrafen! Wählt rote Schulbrüderauslese! Heraus zum 16. Internationalen Jugendtag am 6. September. Kämpft als rote Wahlhelfer für den Sieg der Liste 4, Kommunisten!

Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit (Deutsche Sektion)
 Humboldt, Sonnabend, 30. August, 20 Uhr, "Lehrhaus" Mitgliederversammlung.
 Götze, Sonnabend, 30. August, 20 Uhr, im "Hilf" öffentliche Versammlung.
 Kerner, Sonntag, 31. August, 15 Uhr, öffentliche Versammlung.

Kommunistischer Jugendverband Deutschlands

Salle, Montag! Alle Jugendgruppen treten am Sonntag, vormittags 9 Uhr, in ihren Gruppenlokalen zur Arbeit an.
 Die Jugendgruppen treten am Sonntag um 13 Uhr auf dem Rathaus zur Demonstration an.
 Genossen, die im Besitz der Einzelkarte sind, müssen in derselben erscheinen. Transparenz (mit Jugendtag und Wahlplakat) sowie Fahnen sind mitzubringen.
 U.S.U. des K.A.S., Seite-Sekretär.

Salle, Mt. Kaffe. Alle Ortsgruppen und Zellen müssen sofort die bereits bestimmten Jugendtag-Briefchen an die Bezirksfahnen abgeben!
 Gruppe Norden, Seite 20 Uhr im Hotel, Seite, Kassenstraße, Gruppenabend.
 Thema: Jugendtag und Wahlplakat. Alle Genossen müssen unbedingt erscheinen, damit mit die Teilnehmer am Jugendtag in Halle werden können. Freunde sind mitzubringen.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Gieseler. Alle K.A.S.-Genossinnen, welche Sonntag früh mit dem Auto anreisen mit zum Rosen Tag nach Halle wollen, müssen bis Sonnabend 15 Uhr ihr Fahndes in der "Klosterkamp", Buchhandlung abgegeben haben. Fahrpreis beträgt 1,20 RM.

Regist: Mitteldeutschland

Halle (Saale), Schweg 24, Tel. 1
 Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch und Freitag von 16-19 Uhr im Büro
 Kassenstr. Freitag, 20. August, 20 Uhr, Hotel Stadthaus öffentlicher Lichtbilder
 Kottow.
 Freitag, Sonnabend, 30. August, 20 Uhr, im "Lehrhaus" Mitgliederversammlung.
 Winterdorf, Sonnabend, 30. August, 20 Uhr, im Gasthof Große Lichtbildvorstellung.

Werbt für den „Klassenkampf“

Unsere **Serien-Tage**

25⁹⁵ 2,95 4,95
 48⁹⁵ 1,95 3,95

bringen Waren zu billigen Preisen, wie sie nur das bedeutende und leistungsfähige Haus bieten kann

J. Lewin

Halle a. S.
 Marktplatz
 3-6
 4874
 Neubau

Beachten Sie unsere Schaufenster, sie sagen Ihnen alles!

Walhalla

Nur noch bis Sonntag:
 Götze! Apollontheater Wien
Frühlingsluft
 Operette von Strauß
 Sonntag 21.00 Uhr Vorstellungen
 15¹⁵ Uhr
 Kleine Preise 0,50 bis 2,50
 Kinder 0,30 bis 1,50
 Ab 1. September:
 Fette Randows große Aus-
 stellung-Operetten-Revue:
Komm zu mir!

Stadt-Theater

Haus, Freitag
 20 bis 22 Uhr
 Florian Geyer
 Operette von Strauß
 Sonntag
 20 bis 22 Uhr
 Die Niedermaus
 Operette von Strauß

Wähung!

Autoren aller Art,
 auch Personenbeobach-
 tungen, mit 100 Seiten
 Schriftführung. Hilft
 bei Zög- und Schreib-
 schen bei billiger Ver-
 rechnung aus 14378
 Reinhold Hering jun.
 Halle, Mülbergstr.
 Str. 45 Tel. 24.511

Burg-Theater

Gr. Götze-Str. 12 Ab heute bis Sonntag
Zwischlagerprogramm:



Tom Mix: König Cowboy
 Ferner: Mitternachts-Express, Drama

Radfahrer!
 Teile enorm billig!

Zenker, la verstellbar 2,50
 Speiche, komplett 1,00
 Nabe 1,25
 Nippel, in allen Farben 0,50
 Radbatterien 2,95
 Fahrradbatterielampe, kompl. 2,50
 Rahmen, gelb, mit Stahl
 und Zerstörer 19,75
 Vorbau-Mittelschleife, gelb, gelb,
 Rot, Blau, Weiß, in alle Farben, sportbillig

K. Möller
 Halle, Schmeerstr. 1

Verlangen Sie kostenlos meine
 Preisliste
 Versand nach auswärts

**Ab Montag, den 1. September
 Großer Sonderverkauf**

Handarbeiten
 Freizeite und preisgünstige
 Handarbeiten, in alle Größen
 Schickliche Sie bitte unter
 Spezial-Preisen
 1293

KINSKY
 Wittenberg, am Markt
 Das gute Einkaufszentrum
 für Stadt und Land

Das Spezial-Geschäft für Butter u. Margarine

Butter Großhandlung Hammonia

eröffnete am Donnerstag, 28. August
 nachmittags 4 Uhr eine Verkaufsstelle

Große Ulrichstraße 47

Molkereibutter

Allerfeinste Schleswig-Holsteiner . . . Pfund 1,60
 Feine Molkerei-Butter Pfund 1,50
 Unsere Molkerei-Teebutter
 „Das Allerfeinste“, ungesalzen und leichtgesalzen Pfund 1,70

Margarine

in hervorragenden Qualitäten, von 0,58 bis 1,20
 Besonders empfehlenswert:

„Feine Tafel“ Pfund 0,70
 „Flammanta“ Eigelb, ges. gesch. Pfund 0,85
 „C. E.“ Feinkost, ges. gesch. Pfund 1,00

Auf alle Waren unseren bekannten Rabatt!

An den Eröffnungstagen erhält jeder Kunde ein hübsches Geschenk gratis
 (Teetasse, Tennishall oder Mosaikspiel)

Butter Großhandlung Hammonia
 Größtes Butter- und Margarine-Spezialgeschäft Deutschlands

Auch in dieser Woche sehen Sie die inter-
 nationalen Schlager-Programme in den
 nationalen Schlager-Programme in den
 Zu dem vom Freitag bis Sonntag stattfindenden
Rosenfest ist jedermann herzlich eingeladen
Café Sport, Zschornowitz

Zoologischer Garten

Sonnabend, den 30. August
 anlässlich des Laternenfestes
billiger Tag
 Ab 4 Uhr
Garten-Konzert
 Eintritt: Erwachs. 40 Pf., Kinder 20 Pf., Abonn. frei

Gummi-Hans Kohlisch, Zeit

Als bekannt preiswert und gut
 empfehle ich:
 Gummi, Haushalt- u. Bierflaschen,
 Windelholzer und Bettunterlagen
 sowie alle anderen Artikel zur
 Säuglings- und Krankenpflege
 Alle Gummi- u. Gummifabrikate
 Fahrrad-Reifen - Wagnische

50 Pfennig

beträgt der monatliche Abonnementpreis für
 das Organ der Werktätigen in
 Stadt und Land

Mittel-deutsches Echo

Bestellungen nehmen
 alle Zeitungen und
 Buchhandlungen entgegen,
 wie der Verlag Halle,
 Verdenstraße 14

Klingler

Mit 10 Mk. Anzahlung
 Herrenanzüge
 mit 5 Mk. Anzahlung
 Damenmäntel
 Kleider
 Wochensatz 2 Mk.
 Leipzig, Straße 11
 Eingang Sandberg

Ulzerin-See

Das beliebteste Badeortungsgebiet
 Adler-Apothete, Wittenberg

Bekanntmachungen

Ordentliche Stadtverordnetenversammlung
 am Dienstag, 2. September, 1930, 10 Uhr, im Lohmeyerschen Saal
 Öffentliche Sitzung
 1. Mitteilungen, 2. Resolutionen/Protokolle, 3. Tarif für die Erhebung von
 Grundsteuer, 4. Zweite Vorladung zur Wahlordnung, 5. Überbrückung
 des Brückens an der Einmündung zum Waldberg, 6. Baukostenübertragungsbescheid für
 die Radfahrer-Neubauten Mansfelder Straße, 7. Anträge mehrerer Neubauten-
 Eigentümer auf Erlass der gemeindlichen Grundvermögenssteuer, 8. Eingangs-
 eingegangener Depeschen, 9. Berichterstattung der Ortsverwaltung, 10.
 Gerd Redt, 28. August 1930. Der Stadtverordnetenvorsteher, Gg. Knopf.

Schnupfeneimpfung

Weder die im Jahre 1929 noch im Jahre 1930 durchgeführten Schnupfeneimpfungen
 sind auf die an den Privatärzten befindliche Bestätigungsmöglichkeit, Güter,
 deren Käufer gegenständlich Grund ungeliefert bleiben, machen sie nutzlos. (4578)
 Halle, 28. August 1930, Städtische Polizeiverwaltung.

Arbeiter, Arbeiterinnen, Werttätige!

Alles heraus zur Verlammlung!

Hört, was Euch die Kommunisten zu sagen haben!

Freitag, den 29. August:

Seben: 20 Uhr Wahlversammlung, Ref. Genosse B. Roenen, Genosse Marzard.
Reiden: 20 Uhr bei Kühn, Referent: Genossin Ida Koigt.
Süptig: 20 Uhr im „Eisernen Kreuz“, Ref. Genosse Kirste.
Telegen: 20 Uhr.
Segebrunn: 20 Uhr, Referent: UBB.
Bunne: 20 Uhr im „Eisernen Bild“, Referent: Genosse Kunz.

Sonnabend, den 30. August:

Nichtewitz: 20 Uhr im Gathhof Wahlversammlung, Referent: Genosse G. Schmidt.
Schilde: Wahlkundgebung, Referent: Genosse Holzweihig.
Preititz: 20 Uhr im „Schützenhaus“, Referent: Genosse G. Schneider.
Wilschen: 19 Uhr auf dem Marktplatz Kundgebung gegen Nationalismus, Referent: Genosse Wütich.
Teoßitz: 20 Uhr, Referent: Genosse Kunz.
Hohenmölsen: 20 Uhr im „Kreuzhagen Hof“, Referent: Genosse W. J. J. u.
Pleß: 20 Uhr bei Wand, Referent: Genosse Dpitz, Berlin.
Schwerg: 20 Uhr bei Franke, Referent: Genosse Wende.
Tauscha: 20 Uhr, Referent: UBB.
Gath: 20 Uhr, Referent: UBB.
Gallitz: 20 Uhr, Referent: UBB.
Bornstedt: 20 Uhr im „Weißen Hof“, Referent: Genosse S. Schmitt.
Schafstädt: 20 Uhr im Lokal „Prinz von Preußen“, Referent: Genosse Sandez.
Naumburg: 20 Uhr im „Schützenhaus“, Referent: Genosse R. Merker, Thema: Nationalismus oder Kommunismus.
Freibad: 20 Uhr im Gathhof, Referent: UBB.
Seenenitz: 20 Uhr, Referent: UBB.
Trebbitz: 20 Uhr, Referent: G. Schmidt.
Freibadag: 20 Uhr im Lokal Fröhlich, Referent: UBB.
Freisfeld: 20 Uhr im Café Fröhlich, Referent: Genossin Ella Seidel.
Droßk: 20 Uhr, Referent: Genosse Gutzahr.
Wansleben: 20 Uhr bei Grafemann, Referent: Genosse Wolmann.
Jahna: 20 Uhr, Referent: Genossin Grete Wilde, Berlin.
Wittichen: 20 Uhr in der „Sonne“, Referent: Genosse Schufe.
Tauscha: 20 Uhr, Referent: Genosse R. Othe.
Wittenberg: 20 Uhr im Gewerkschafts-Betriebsarbeiter-Meeting, Referent: Genosse W. K. o. r. u.
Wietzig: 20 Uhr, Referent: Genosse Schubert.
Galkitz: 20 Uhr im „Edwan“, Referent: Genosse W. Otto.
R. W. Schlangen: 20 Uhr, Referent: Werner, Halle.
Großhobdungen: 20 Uhr, Referent: Genosse Ludwig.
Alteba: 20 Uhr in der „Post“, Referent: Genosse F. H. H.
Kreßschau: 20 Uhr bei Töpfer, Referent: Genosse W. H. H.
Malschwitz: 20 Uhr bei Koch, Referent: Genosse W. H. H.
Reichen: 20 Uhr, Referent: Genosse Schlag.
Kraun: 20 Uhr, Referent: Genosse Steinmech.
Wahrenbrud: 20 Uhr im Gathhof, Referent: Genosse Habersanb.
Bergwitz: 20 Uhr bei Noack, Referent: Genosse S. Müller.
Sehlig: 20 Uhr bei Dymner, Referent: Genosse E. H. H.
Reuden: 20 Uhr bei Krausemann, Referent: Gen. Plätznier.
Dobrun: 20 Uhr, Referent: UBB.

Sonntag, den 31. August:

Chartzberga: 14 Uhr im „Ratshaus“, Ref. Gen. H. H. H.
Dypin: 19.30 Uhr im „Sandhaus“, Ref. Genosse W. Schmidt.
Sagzoburg: 15 Uhr im Gathhof, Referent: Genosse Gutzahr.
Crossen: 20 Uhr, Referent: Genosse Gutzahr.
Wetern: 15 Uhr Inwallen und Reimer, Referent: Genossin Hedwig Krüger.
Ducis: 20 Uhr Lokal Hofmann Gründungsversammlung, Referent: Genosse Kunz.
Prata: 20 Uhr Lokal G. H. H. Betriebs-Meeting, Referent: Genossin Wilde, Berlin.
Zippenbof: 14.30 Uhr Lokal Seiffert, Referent: Genosse Reizer, Berlin.
Dobersitzingen: Vormittags Wahldemonstration, Referent: Genosse W. H. H.

Stärkt die rote Front — Mit voller Wucht für den Sieg der Liste 4

Jeder Freidenker ein roter Wahlhelfer!

Kulturfragen sind untrennbar von politischen Fragen. Von den politischen Parteien werden im Reich, den Ländern und Gemeinden alle Kulturfragen entschieden. Wir Freidenker unserer Kulturkampf nicht isoliert, sondern nehmen an allen Kämpfen der Arbeiterklasse aktiven Anteil. Die Auflösung des Reichstages, die Einlegung der Brünings-Diktatur und die bevorstehenden Reichstagswahlen verpflichten alle proletarischen Freidenker und oppositionellen Genossen im Deutschen Freidenkerverband zur aktiven Mitarbeit an allen Wahlarbeiten der einzigen Arbeiterpartei, der KPD.

Die rückhaltlos innerlich und äußerlich aller Parlamente Schulter an Schulter mit uns für unsere Forderungen kämpfen. Um aber gründliche Arbeit leisten zu können, ist es notwendig, noch einmal die wichtigsten der Schanddaten der einzelnen arbeitserzählenden Parteien ins Gedächtnis zurückzurufen. Steuern und nochmals Steuern zur völligen Ausplünderung des arbeitenden Volkes ist die Lösung. 2 1/2 Prozent Beamten-Flotopfer für die preussische Militärpräsidialverwaltung im Reichsrat vor dem Reichstag, 10 1/2 Millionen hat das Reich für den Reichsfinanzminister Brüning alle anderen Steuerentwürfe der Hermann-Müller-Regierung im Reich.

Der letzte Großkonkurs aus den Taschen der Arbeiter! Millionen werden der Kirche in den Taschen gemorren. 88 1/2 Millionen zahlte unter Brüning die preussische Regierung 1929 der Kirche, gegenüber 32 Millionen vor dem Reichstag. 10 1/2 Millionen hat das Reich für die Reichsfinanzminister Brüning alle anderen Steuerentwürfe der Hermann-Müller-Regierung im Reich.

Die KPD, erklärte auf ihrem letzten Parteitag: „Die Koalition ist der Weg zur Macht“. Zeit Weimar hat sie mit dem Zentrum Koalitionspolitik gemacht, hat die Staatspartei und das Zentrum

als Bundeskameraden in Brüning Reichsbanner. Die SPD, war es, die mit Hilfe der Kirche alle künftigen Erneuerungen zur Massenbestimmung auszuliefern, wie das Radio mit seinen unzähligen Gottesdiensten, Kirchenfesten und Konzerten. Der religiöse Sozialismus ist in der SPD, Trumpf. Das „Völkische Blatt der Sozialisten“ schrieb in seinem Beilagenheft: „Der gehört nicht zu uns, der in Glaubens- und Sittenlehren dem Christen der Kirche Anstoß zur Lage gibt.“ Auf dem jüngst stattgefundenen Kongress der religiösen Sozialisten in Stuttgart wurde festgestellt, daß in Württemberg 97 bis 98 Prozent der Parteimitglieder einer Kirche angehören. Man überhäufte im allgemeinen die Kirche der organisierten Freidenker, denn auch in den meisten anderen deutschen Gebieten ist die Lage ähnlich.

Den Parteien von Hitler bis Hermann Müller, die der schwarzen Front zu allen Rechten verschlossen haben, den Kindern kein Brot geben, dafür aber Panzertreuer danken, gilt unter Kampf!

Jeder proletarische Freidenker gehört in die vordere Front der revolutionären Arbeiter! Nur im Kampf ist die proletarische Freidenkerbewegung groß und stark geworden! Auch jetzt gilt es, zu zeigen, daß wir auf dem uns gebührenden Platze stehen. Keine Demonstration ohne unsere vollständige Beteiligung und unsere Lösungen und Transparenz. Organisiert mit der Wahl-demonstration der Erwerbslosen und führt sie geschlossen zum Kirchenausritt, agitiert für die Abminderung der Kinder vom Religionsunterricht.

Besteht Aufführungsarbeit unter den noch im Deutschen Freidenkerverband organisierten Arbeitern, gemutet sie für uns und zerlegt die letzten Überreste der Sievers-Spelter in unserem Bezirk! Stärkt so durch die Wahlarbeit zugleich eure eigene Organisation! Sammelt für den Wahlkampf der KPD, und organisiert den Massenvertrieb von Literatur, vor allem auf dem Lande. Vorwärts, zum Sieg für die Liste am 14. September! Vorwärts zum Siege des deutschen Proletariats unter Führung der KPD!

Richtlinien für die Delegierten

zur Erwerbslosenkonferenz am 3. September in Halle!
Alle Delegierten müssen in örtlichen Erwerbslosenversammlungen gewählt sein. Wer nicht gewählt ist, gilt nicht als Delegierter. Die Mandate für die Delegierten, teilen die örtlichen Erwerbslosenausschüsse selbst aus. Aus den Mandaten muß schriftlich sein, aus welchem Ort sie delegiert sind und wie stark die Versammlung beauftragt war, durch die sie delegiert werden.
In den Betrieben, wo Kurzarbeit besteht, müssen sofort Versammlungen abgehalten werden, wo Stellung genommen werden muß zu dieser Konferenz. Auch hier müssen Delegierte gewählt werden.
Die Konferenz beginnt am Mittwoch, dem 3. September, vormittags 10 Uhr in Halle, „Wolfspar“.
Die Tagesordnung umfaßt folgende Punkte:

1. Begrüßungsansprache.
2. Referat: Der Kampf der Erwerbslosen im kommenden Winter gegen Hunger, Zwangsarbeit und kapitalistische Diktatur, Genosse Dolger.
3. Die Lage der Erwerbslosen in Mitteldeutschland und ihre Einwirkung in die KPD, Referent: Genosse Bantau.
4. Diskussion.
5. Schlußwort, Resolutions und Abstimmung.

Wir weisen noch einmal darauf hin, daß alle Delegierte zur rechten Zeit eintreffen müssen, damit die Tagesordnung eingehalten werden kann. Alle nicht delegierten Erwerbslose können an dieser Konferenz als Gäste teilnehmen.
Bezirks-Erwerbslosenausschuß, Bezirks-Vorstand d. Revolutionären Gewerkschafts-Opportunisten Halle-Merseburg.

Malschwitz: 15 Uhr im „Goldenen Anker“, Referent: Genosse Reiche und Genosse Mangel, M. d. S.
Rotha: 15 Uhr, Referent: Genosse W. H. H. K. o. S.
Wippa: 20 Uhr, Referent: Genosse W. H. H. K. o. S.
Trebbitz (Weihenfels): 14 Uhr, Referent: UBB.

Juno
o/m. rund

4

Juno
Die stets gleichbleibende Cigarette

Arbeiter der Krughütte, wählt einen roten Betriebsrat!

Keine Stimme den sozialfaschistischen Verrätern und den Nazi- und Stahlhelm-Streikbrechern — Alle Stimmen der KPD., Liste 3

Am 1. September Betriebsratswahl in Mansfeld

U. S. Am Montag, dem 1. September, in der Zeit von 6 Uhr morgens bis 3 Uhr nachmittags finden für die Belegschaft der Krughütte die Betriebsratswahlen statt. Betriebsratswahlen sind für die Belegschaften noch wichtiger als die Parlamentswahlen, weil sich im Betrieb die gewählten Vertreter in erster Linie für die Organisation des Kampfes um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu entfalten haben.

Mit Hilfe der reformistischen Streikabwärtiger und der Streikbrecher ist es den Kapitalgebern der Mansfeld U. S. gelungen, die in Eurem Interesse im Streik tätigen oppositionellen Betriebsräte aus dem Betrieb zu entfernen und maßregeln und Neuwahlen vorzunehmen.

Die reformistischen Betriebsräte erklärten sich mit dem Vorschlag der Reichmann und Konjunktoren, ihre Mandate niederzulegen, einverstanden, um neue Betriebsräte nach dem Willen der Werksleitung zu bekommen. Der SPD-Betriebsrat Bauer, jetziger Spitzenkandidat der Liste 1, lehnte es ab, in die Betriebsratssetzung zu kommen, die von dem gemäßregelten Gewerkschaftsamt einberufen war und erklärte sich also mit der Maßregelung der Betriebsräte einverstanden.

Die oppositionellen Betriebsräte waren der Verlesung besonders verächtlich, da die Belegschaft der Krughütte im Mansfeld-Kampf die erste Streikleitung wählte und unter der Führung der Opposition als erster Betrieb die Krughütte zur Stilllegung brachte und am 1. Juni bereits Massenstreikposten stellte. Sie mußten unter Unterstützung der Gewerkschaftsämter die Belegschaften der Krughütte und der anderen Betriebe gegen die roten Streikposten und roten Betriebsräte im Interesse der Mansfeld U. S. aufstehen. Damit wurde der Weg für

35 Streikbrecher der Nazis und des Stahlhelms frei, trotzdem diese bei Ausbruch des Streiks nicht in dem Betrieb waren.

Kameraden und Genossen! Seht Euch die drei Vorschlagslisten, die zur Wahl stehen, an. Auf der reformistischen Liste steht Bauer. Derselbe will zur Frage der gemäßregelten Kameraden erst nach erfolgter Neuwahl Stellung nehmen, wenn alle Kräfte verzweifeln sind.

Direktor Reichmann wünscht sich keinen „besseren“ zum Verhandeln als diesen Unternehmerläufer. Ihm folgt Eckardt und Prinz, die ohne zu murgen den Lohnraub und den Verrat der Bürokratie an den Bergarbeitern tadeln.

Die Liste 2 ist die Liste der Streikbrecher, der Nazis und Stahlhelms. Mit diesen und den Reformisten glaubt die Mansfeld U. S. ihr weiteres Lohnraub- und Abbauplan durchzuführen. Sie glauben den Betrieb von der Opposition „gerettet“ zu haben. Doch weit gefehlt!

Der Streik war für die Hüttenarbeiter eine Schule des Klassenkampfes unter der Führung der Opposition, die trotz aller Maßregelungen politisch im Betrieb anerkannt ist und nicht beiseite geworfen werden kann. Unter Führung der KPD. gilt es zu rufen zu neuen Kämpfen für Lohnraub und Verlesung der Belegschaft, für die Arbeitssicherheit, gegen Nationalisierung, Lohnraub und weitere Verlesung der Mansfeld-Bergarbeiter. Im Ruhrbergbau droht der Lohnraub für 350.000 Bergarbeiter. In der Braunkohle Feiertag, Entlassungen und Lohnreduzierung. Es gilt jetzt, ganz gleich ob die Tarife ablaufen oder nicht, außerordentliche Kämpfe

mit anderen Arbeitergruppen zu verbinden und Streiks auszuführen, bis zum politischen Massenstreik.

Für diese Ziele stellt die KPD. die Liste Nr. 3 mit dem Kennwort: Revolutionäre Gewerkschaftsopposition den Sozialfaschisten und Streikbrechern entgegen. Oppositionelle Arbeiter, die im Streik in der vordersten Front kämpfen, sind Kandidaten, die sich auch für die Interessen der Kumpels während des Streiks einsetzen haben.

Für diese Liste gilt es im Betrieb die Belegschaft mobil zu machen. Immer wieder muß das schändliche Verhalten der Streikbrecher angeprangert werden, weil diese neben den Sozialfaschisten die Schuld an den Unzulässigkeiten der Mansfeld-Bergarbeiter haben. Es gibt für die Interessvertretung der Mansfeld-Kumpels keine andere Kraft, Kämpfe auszuführen und zu führen als die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, die der Streik beweisen hat.

Gelingt es der Mansfeld U. S., die Opposition aus dem Betrieb zu entfernen, hat sie ein letztes Spiel zur Durchführung ihrer Hungerpläne gegenüber der Arbeiterkraft.

Neben dem bisher gefälligen Lohnraub erhalten die Schmelzer nach dem Streik nicht mehr den halben Liter Milch pro Schicht. Die Lungen der Kumpels werden von den Dred und Gejen zerfressen, alles für den Moloch Kapitalismus. Das sind die Auswirkungen des reformistischen Verrats.

Wer keine weitere Verlesung will, der mache mit diesen Verrätern Schluss und solidarisiere sich mit der KPD.

Alle Stimmen am 1. September der Liste 3 der Revolutionären Gewerkschaftsopposition!

Kampf für höhere Forderungen! Vertiefung der Arbeitssicherheit! Erhöhung der Löhne! Einreichung der Erwerbslosen in den Produktionsprozess!

Wählt die Liste 3 mit den Spitzenkandidaten
Bauh — Wiegleb — Wilke

Was wird im mitteldeutschen Bergbau?

Erhalten die Bergarbeiter die Sieben- oder Achtstundenschicht ab 1. Oktober? — Zu diesen Fragen nimmt die Betriebs-Delegierten-Konferenz am 7. September Stellung

Der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau hat die längste Schichtzeit nicht nur von allen Arbeitern ganz Deutschlands, sondern fast der ganzen Welt. Nach den Erhebungen des Arbeitsamtes des Reichsbundes, die auch auf dem Krautener Kongress der Reformisten öffentlich bekanntgegeben wurden, gab es schon 1925 Schichtzeiten hatten. Der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Wiffel bittere aber noch am 22. September 1928 den mitteldeutschen Bergarbeitern bei der Kohlenvereinbarung in Tagesbetrieben eine zehnstündige Schichtzeit; für die Arbeiter, die nicht direkt mit der Kohlenvereinbarung beschäftigt sind, 10 1/2stündige Schichtzeit. Nach demselben Schiedsspruch sollte dann ab 1. Oktober 1929 eine Verkürzung um eine halbe Stunde eintreten. Die Unternehmer haben aber diese Verkürzung zu einem Teil durch schändliche Verlesung der Pausen usw. inhibiert.

Unter diesem Schlichterdictat Wiffels arbeiten die Bergarbeiter Mitteldeutschlands noch heute, sie haben immer noch eine 9 1/2- und 10stündige Schichtzeit, die noch durch Überstunden und Überarbeit verlängert wird. Am 30. September 1930 läuft nur das Wiffelsche Schlichterdictat ab.

Es muß nun mindestens die achtstündige Schichtzeit ab 1. Oktober Geltung erhalten.

Die mitteldeutschen Grubenherren denken aber gar nicht daran, sie einzuführen. Sie haben in den letzten Jahren weiter rationalisiert,

die Leistung des einzelnen Bergarbeiters von 1928 bis 1930 um mehr als 15 Prozent weitergeheißelt. Was hat ihnen die Möglichkeit gegeben, weitere 20.000 Bergarbeiter auf die Straße zu legen.

Soll das so weiter gehen? Sollen die mitteldeutschen Bergarbeiter auch nach dem 30. September 1930 weiter unter dem Joch der Arbeitslosigkeit und dem Hunger leiden? Die Gewerkschafts-Bürokratie des Verbandes der Bergbauunternehmer tut nichts, um diese unwürdigen Zustände zu beenden.

Sie macht Wahlpropaganda für die SPD. Sie fordert, daß die mitteldeutschen Bergarbeiter am 14. September die Wiffel und Sußmann wählen, dieselben, die ihnen damals die 10- und 10 1/2-Stundenschicht diktiert haben. Dieselben Wiffel und Sußmann, die 1928 die Preise für Braunkohlebriketts um 1 Mark erhöhten und dadurch den mitteldeutschen Grubenherren weitere Gewinne zuführten, den Bergarbeitern aber die Schichtzeit von 10 Stunden diktierten, sollen nach dem Reichstag auch der mitteldeutschen Reichsbürokratie wieder in den Reichstag und in die Reichsregierung. Die Bergarbeiter müssen das verhindern. Am 14. September dürfen sie nur allein der Kommunistischen Partei ihre Stimme geben.

Aber das allein genügt nicht. Die Verkürzung der Schichtzeit wird nicht durch die Reichstagswahlen entschieden. Für sie muß der Kampf organisiert und geführt werden. Die Belegschaften müssen mobilisiert werden!

Am 1. Oktober darf keine Minute länger gearbeitet werden!

Diese Aufgabe aber fällt besonders der KPD. zu. Der Reichstagswahlkampf ist nicht nur eine Wahlkampagne, sondern er muß ausgenutzt werden zur Organisation des Kampfes um Verkürzung der Arbeitszeit, um Einbürgerung der Siebenstundenschicht und Herbeiführung der Erwerbslosen in den Produktionsprozess. Die Grubenherren haben zum Schluß gegen die Bergarbeiter ausgeholt. Sie wollen die Löhne herabsetzen.

Das kann nur verhindert werden durch einen entschlossenen Angriff. Er muß auch im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau organisiert werden und es muß besonders um die Verkürzung der Arbeitszeit gekämpft werden.

Wählt deshalb sofort auf allen Gruben Delegierte zu der Betriebs-Delegierten-Konferenz am 7. September in Halle. Alle Belegschaften müssen vertreten sein!

Am 21. September ist die
Mitteldeutsche proletarische Frauen-Delegiertenkonferenz
Nehmt Stellung dazu, wählt Delegierte!

Ueber die Lehren der Streikämpfe

Genosse Hedert über die Gefahren des Rechtsopportunisten in der Praxis — Revolutionäre Selbstkritik im Kampf gegen die Abweichungen

Im Verlauf des 5. Kongresses der KPD sprach Genosse Hedert über die Aufgaben der Gewerkschaften in der anwachsenden revolutionären Situation, dabei insbesondere auf die Lehren der Streikämpfe

eingehend. Er führte dabei aus, daß auf dem 4. Kongress noch darüber gestritten wurde, wie die revolutionären Arbeiter in den Ländern, in denen es keine selbständigen roten Gewerkschaften gibt, sich gegenüber den Führern der reformistischen Gewerkschaften zu verhalten hätten. Unter schärfster Ablehnung der damals gebrauchlichen Lösung: „Wing die Bonzen“ beschloß der 4. Kongress: „Bereitet selbständige Streikämpfe der Arbeiterklasse vor, organisiert sie und führt sie durch.“ Also nicht gemeinsam mit den Reformisten, sondern ohne und gegen sie, das war die entscheidende und wichtige Wendung!

Genosse Hedert verwies darauf, daß diese Beschlüsse wohl einstens in m. i. g. gesetzt wurden, daß sich aber in der Folgezeit sowohl auf den Konferenzen einzelner ZKs, als auch in den verschiedenen Ländern Gegner zeigten. Die Rechten und Versöhnler laborierten und unterwühlten unsere Arbeit, bis sie von der Führung der revolutionären Gewerkschaftsbewegung ausgeschlossen wurden. Hedert betonte, daß eine Reihe unserer Direktiven nicht so sehr durch unger Propaganda und organisatorischen Arbeit in Erfüllung gingen, sondern dank dem Umstände,

daß das Proletariat mit seinem Klassenempfinden die Notwendigkeit der revolutionären Taktik unter den gegenwärtigen Verhältnissen erkannt hat.

Die in den letzten Jahren durchgeführten Streiks und insbesondere die Erfahrungen Deutschlands sind eine glänzende Bestätigung der Richtigkeit der von dem 4. Kongress gestellten Propaganda, der Linie in der Frage der selbständigen Leitung von Streikämpfen.

Bei der Durchführung der Taktik muß berücksichtigt werden, daß die Frauen und Jugendlichen im Kampf der Arbeiterklasse eine immer größere Bedeutung gewinnen. Ebenso hätten sich auch die Voraussetzungen über die Politisierung und Revolutionierung der Streikführer zu klären. Hedert verwies auf den Streik in Saratama 1927, wo 250 Arbeiter zum Protest gegen eine tyrannische Arbeiterin nieder, die am Leben Gefährdeten wurden vor Gericht gestellt und verurteilt. Es kommt darauf an, die politische Bedeutung derartiger Streiks auch dem letzten Arbeiter begreiflich zu machen.

Hedert betonte dann die Gefahr der rechtsopportunistischen Politik auf, die in einer Reihe von Sektionen der KPD gebildet wurde. Er wies an Beispielen nach, wie der Rechtsopportunisten in der Praxis den Kampf der Arbeiterklasse untergraben und auch revolutionäre Arbeiter demoralisieren kann. Das beste Kampfmittel dagegen sei eine breit entfaltete, selbständige Selbstkritik, die schonungslos alle Abweichungen aller, auch der geringfügigsten Fälle, die zu einer Abweichung von unserer richtigen Linie führen können.

Zur innergewerkschaftlichen Arbeit betonte Genosse Hedert, daß wenn es möglich sei, diesen oder jenen gewerkschaftlichen Funktionäre erziehen und dadurch den Kern der reformistischen Funktionäre aufzulösen, diese Gelegenheit auch benutzt werden muß. Dies gilt insbesondere für die Arbeit in den Betrieben zu beachten, wo auch auf diesem Wege die Arbeiter dem Einfluß der Reformisten entzogen werden können. Die großen Betriebe müssen erobert werden, deshalb ist die Bedeutung unserer Arbeit in der Betriebsleitung eine der wichtigsten Fragen. Ebenso notwendig ist es, große Teile der Landarbeiter zu gewinnen und mit ihnen die Einheitsfront zu schließen.

Unter frühem Beifall betonte Genosse Hedert, daß dieser Kongress nicht ein Kongress der Phrasen, sondern der Kongress revolutionärer Taten sein soll und forderte deshalb die Delegierten an, in ihrer Arbeit mit aller Entschiedenheit und ungeachtet der Person die Methoden der Selbstkritik anzuwenden.

Am 31. August Generalmobilmachung in Mitteldeutschland

Zum roten Tag in Halle marschieren die Arbeiter, Arbeiterinnen und Landarbeiter geschlossen unter der Führung der KPD. auf. Es gilt aber auch, die nötigen Mittel für den Kampf aufzubringen. Die proletarische Partei erhält keine Millionen von den Unternehmern, wie die Sozialfaschisten. Darum Gewerkschaftskassen, wie die Sozialfaschisten, einen Stundenslohn für den Wahllohn der KPD. abzuzählen

für den Sieg der Liste 4

Quer durch die Bergarbeiterkolonie Oberbunna

In Oberbunna, in den Bergarbeiterwohnungen verkaufen wir die oppositionelle Zeitung „Der Bergarbeiter“ und werden für die KPD. Wie ein Vize über der Dred der Kohlenbrenner auf den dort wohnenden Bergarbeitern.

Aber dennoch liegt ein unverwundbarer Groll und Haß gegen die Ausbeuter in den Bergarbeitern.

Wie ein Befehl kurz vor dem Ausbruch

so empfindet man die Stimmung der Beuna-Kumpels. „Ja, Kumpel, was sagst Du zu dem letzten „Roten Beuna-Kumpel“? Verhandlungsmäßig lächelnd, kommt die Antwort: „Das hab ich dir schon gesagt! Stimmt alles bis auf den letzten Wirt, Jawohl, die Direktion hoch bewußt solche Stahlhämmerkämpfer heran. Mit denen will ich uns, die wir hier schon 12 bis 15 Jahre gekämpft haben, fertig machen.“ „Ja, der größte Teil ist nur wegen der Extrazulage drin. Wir wissen, daß wir nur durch Kampf aus dem Glend herauskommen können. Aber die Gewerkschaften kämpfen nicht mehr. Sie wollen ja die „Arbeitsgemeinschaft“. Unter Betreueren hat nur die KPD. Aber sie muß aktiver werden und die Führung in die Hand nehmen. Wer soll uns denn sonst helfen?“

Guten Tag, junge Frau, wie gehts? Wie ist es mal mit dem „Bergproleten“? „Ja, hören Sie mal, wie soll es uns bei 20 bis 26 Mark Wochenlohn gehen?

Und dazu eine neunstündige Schicht? Aber die Zeitung kauft ich. Die Hauptsache ist, daß es bald losgeht. Dann gehe ich aber auch mit, genau wie es die Mansfelder Frauen getan haben. Meine Freunde habe ich mir schon ins Herz geschlossen. Die Direktion Geheiß hat sich am 14. September wundert, wo die Stimmen seiner Betreuer sind. Der denkt, der kann uns überrennen, wenn er jetzt kurz vor der Wahl wieder vollarbeiten läßt. Wir haben den Vraten längst gerufen. Nur müssen die Bergarbeiter reiflos erkennen, daß sie jetzt geschlossen unter Führung der KPD. kämpfen müssen, daß sie auch am 14. September ihre Stimme für sie abgeben, um damit zum Ausdruck zu bringen: Wir haben erkannt, für uns ist nur der Kommunismus die einzige Rettung.“

Getroffene Köder heulen auf

Ehrliche Arbeiter gehören in die SPD.

Draußen im Lande, in Stadt und Dorf, in Fabrik und Stempel...

Wie sind trotz Meinungsverschiedenheiten eine Klasse, eine Gemein-

So wächst Einheit, Wille und die Tat. Schluß zu machen mit dieser...

Kürzlich trat der Betriebsarbeiter Otto Dirschke aus Wolfen...

Dah ich aus der SPD herausgegangen bin, ist der erste Schwim-

Man zum Fabrikarbeiterverband. Waren es nicht Renegat...

Herr Krause, noch eine Frage: Wann zahlst Du mir meinen...

Manfelder Kreise

Herr Böttge hat sich etwas geschnitten

Wie man gegen revolutionäre Jungarbeiter vorgeht

W.A. Teufelshaus. Im Monat Mai wars, als es an einem...

Der Jugendgenosse E. ist stets ein ehrlicher Jungkommunist...

Eins gegen uns Ihnen, Herr Böttge, schießen Sie nur weiter...

Gemeiner Nazi-Überfall

A.A. Oberzöbblingen. Am Sonntag, dem 24. August,...

Ich habe erkannt, daß der Witz eines Klassenbewußten Arbeiters...

Soweit die Antwort des Genossen Dirschke. Ob man es nun...

Seraus aus der Sozialdemokratie! hinein in die SPD! Alles...

Protest gegen Verkleinerung von Proletengroschen

A.A. Am 23. August tagte in Müßberg eine Mitgliederversammlung...

Hohenleipscher, merkt Euch das am 14. September!

SPD. gegen Besitzsteuer für Schlotbarone

Bekehrung der Ausbeuter und Mittel zur Arbeitsbeschaffung abgelehnt

A.A. Kürzlich fand in Hohenleipisch eine Gemeindevor-

meckert, daß er nicht wisse, wo die neuen Listen beschaffen werden...

Nicht nachlassen

in der Sammlung von Wahlmunition für den Kampf für Freiheit und Brot!

Mit verdoppelter Kraft

ans Werk zur Mobilisierung der Massen gegen Sozialverrat und Falschspiel!

Wirk und sammle

im Betrieb, auf der Stempelstelle, im Arbeiterhaus für den Wahlfonds der KPD.

Das Glend der Landstraße

A.A. Daß die Wohlfahrtsbehörden in Wittenberg der Meinung...

Durch die elenden Wirtschaftsverhältnisse ist die Zahl der hier...

Für die Wanderer ist diese Aufgabe, die fast in allen Städten...

Gesellenarbeiten. So m a l s R u f f a n d e l. Heute will man...

meckert, daß er nicht wisse, wo die neuen Listen beschaffen werden...

Die wirklich kapitalistischen, die in der Lage sind, das ganze...

Die Sozialdemokraten jubeln sich aus dieser penitenten Situation...

„Bei der Beschaffung über Beschaffung von Mitteln zur...

Don 4 000 bis 8 000 Mark 5 Prozent

Die Einkommensteile über 100 000 Mark werden von der Gemein-

Außerdem wurde verlangt, eine Anleihe von 20 000 Mark...

SPD. und Bürgerliche zeigten sich als wahre Feinde der...

Alles auf die Schultern der Ausgebetteten.

Verträge von Hohenleipisch! Berechtigt es diesen Verräten...

Delitzsch-Torgau

Schöner Reaktion will pflanzen

A.A. Eine unerhörte Frechheit bestift der Gemeindevorsteher...

Berätter bekommen ihre Quittung

Arbeiter und Kleinbauern von Wahlsitzen „empfangen“ die...

Die Kleinbauern empfangen die Sozialdemokraten mit dem Ruf...

Seht die Wählerlisten ein!

unser Antrag wurde mit den Stimmen der SPD, vertagt.

Den vorjährigen Etat lehnte die bürgerliche Meise mit...

Parole am Sonntag: Nach Halle zum roten Tag!

Klassenkampf

AM 4. SEPT. WÄHLT
K P D
LISTE 4

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,60 Mark, ohne Briefmarkengebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft G.m.b.H., Halle, Verdenstraße 14. Fernruf: 21045 (9 Lin.); 21047 (Verlag).

Mit der „Kommunistischen Arbeiter-Zeitung“
Der Rote Stern

Anzeigenpreis: 10 Pf. für den am Oben und Später, 1 Mk. im Textteil. Sanftkosten: Kreisamt des Sozialrates Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postfachnummer: Postfach 284 71 Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft G. m. b. H., Halle. Postfachnummer: G. m. b. H., Halle. Verdenstraße 14.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Freitag, 29. August 1930

10. Jahrgang * Nr. 202

Abfuhr des Steuerräubers Dr. Herß in Halle

Sozialfaschistische Polizeiprovoaktion gescheitert — Halles Arbeiter lassen den Schwächer allein Steuerstreit gegen die Diktatur

Halle, 29. August. Vor dem „Volkspark“ — Polizei. Auf den Treppen — Polizei. Im Saale Polizei. Und sehr viel Polizei im Hinterhalt hinter der Bühne. Das war der Rahmen, in welchem gestern der Spitzenredner der SPD, Dr. Herß, in Halle über „Demokratie und Sozialismus“ sprach. Da zu Beginn der Versammlung der Saal gut besetzt war, so ist es nicht verwunderlich, wenn es Herß und dem Versammlungsleiter recht ungemütlich zu mutete war.

Waren sie sich doch darüber im klaren, daß die Mehrheit der Anwesenden von ihrer SPD-Gesamtheit, „Demokratie“ und ihrem Polizeier, „Sozialismus“ nichts wissen wollen.

Aus diesem Grunde verjagte die Schaumburg von vornherein zu provozieren, um einen Anlaß zu haben, die anwesenden Arbeiter von der nur darauf wartenden Polizei aus dem Saale hinauszujagen zu lassen. So wie die Sozialfaschisten schon am vergangenen Sonntag beim „Fest der Arbeit“ die Polizei auf die Arbeiter bestanden.

Daß es gestern zu keinem ersten Zusammenstoß kam, lag nicht an den Sozialfaschisten. Sie haben sich wahrhaftig alle Mühe gegeben, besonders der Provoakteur Schaumburg. Doch die hundsgemeinen Provoaktionen scheiterten an der eisernen Disziplin der hallischen Arbeiter.

Gleich zu Anfang ging es los. Obwohl die Herß-Versammlung an den Platofäden als „Wahlversammlung“ angekündigt war, wurde sie dann als „Wahlversammlung“ eröffnet und damit von vornherein zum Ausdruck gebracht, daß keine Diskussion zugelassen werde — als Illustration zur „Demokratie“, wie sie die SPD. ausführt. Doch nicht genug damit. In der unverschämtesten Weise schrie Schaumburg in den Saal:

„Wenn sich ein anwesender Gegner wagen sollte, durch einen Zwischenruf (!) die Versammlung zu stören, den lasse ich hinausjagen.“

Das wirkte um so aufreizender, als völlige Ruhe im Saale herrschte. Einem Arbeiter entfuhr die Worte: „Ach Du kleiner Schächer.“ Da lachte der Versammlungsleiter wie besessen nach der Polizei, die sofort erschien, um den „Mittelständer“ hinauszuschaffen. Der Polizeiprovoakteur am Wortanstandlich brüllte noch: „Wir werden Euch schon Ordnung bringen.“ Die anwesenden Arbeiter, die die Absicht Schaumburgs zu provozieren, erkannten, verhielten sich trotz dieser Ungehörlichkeit noch verhältnismäßig ruhig. Deshalb leitete Schaumburg keine Provoaktionen. Er erzielte dem sogenannten Saalstuh der Beschl, mit allen Mitteln gegen jeden Zwischenrufer vorzugehen.

Das war die offene Aufforderung, bei dem geringsten Laut eine Schlägerei zu beginnen. Ein Arbeiter forderte alle christlichen Protesten auf, den Saal zu verlassen, da eine andere Wahlstimmerei, einen von der SPD-Regierung erwünschten Zusammenstoß zu vermeiden, gar nicht bestand. Die größte Hälfte der Versammelten folgte dieser Aufforderung. Sie hatten genug gehört und gesehen. Die Polizei bildete sofort eine Schutzkette und folgte von der Bühne aus den unter dem Gelang der „Internationalen“ sich entfernenden Arbeitern.

Die im Saale Verbliebenen lehnten sich aus dem Trotz der fanatisierten SPD-Funktionäre und einigen Kleinbürgern und Mittelständlern zusammen. Arbeiter waren nicht anwesend! Besonders fiel eine Gruppe der demokratischen Jugend auf, die durch den Zerfall ihrer Partei völlig hofflos, irgendwo Anschluss sucht.

Schwarzrotgoldene Breukenregierung für Eintreibung der Diktatursteuern

(R.D.) Berlin, 28. August. Der Reichspräsident stimmte am Donnerstag den Durchführungsbestimmungen für Gemeindefunktionäre, Gemeindegemeinschaften und Bürgersteuer zu. Die neue Verordnung stellte u. a. klar, daß die Eintreibung der Gemeindegemeinschaften nur zulässig ist, wenn die Gemeindefunktionäre bereits erhoben wird. Die Bürgersteuer wird abhängig gemacht vom Wohnort.
Im Reichstag gibt die SPD-Koalitionsregierung Preußens den Ausschlag.

Aber selbst diese noch Anwesenden nahmen die Rede des Herß mit eifrigem Schweigen auf. Das würde am so niederdrückender, als die Reichsliste, die die im Garten verammelten Arbeiter dem Genossen Wölschen entgegenbrachten, durch die trotz der Hitze geschlossenen Fenster drangen.

Herß begann und beendete seine Rede mit einer infamen Kommunistenbeleidigung. Nicht einmal gegen die Nazis wagte er, außer einigen zahmen Worten, etwas zu sagen. Dafür benutzte er sie als Kronzeugen gegen die Kommunisten. Gegen die der SPD. verhafteten SPD. ist Herz eben jeder Bundesgenosse recht.

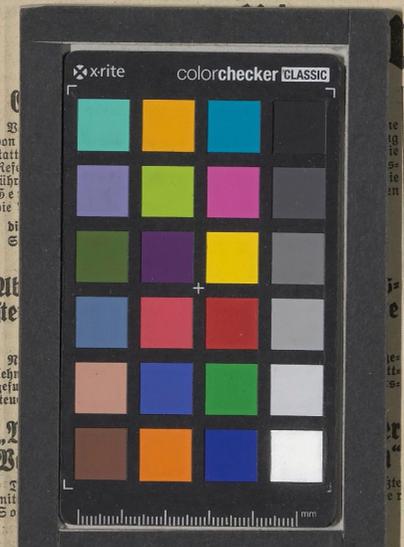
Gerade in dem Gesamtteil des Herß kam mit ganzer Deutlichkeit zum Ausdruck,

welche gewaltige Wirkung die Programmklärung des Zentralkomitees der SPD. über die nationale und soziale Befreiung in allen Kreisen der wertigsten Schichten auslöst.

Er verjagte die Wirkung mit der dummdreisten Behauptung abzuschwächen, die Kommunisten seien auf einmal „nationalistischer als die Nazis“. Herz, wie die gesamte SPD-Führung begreifen natürlich sehr gut, daß die Programmklärung der SPD. am besten geeignet ist, die nationalfaschistische und soziale Demagogie der Nazis zu entlarven. Darum auch diese hinterhältige Dage. Daß das nicht nicht — selbst diese Versammlung antwortete mit eifrigem Schweigen.

Es versteht sich am Rande, daß Herß, der Kommiss des ehemaligen Finanzministers Hülseberg, die Finanzpolitik besonders ausführlich kritisierte.

Seht die Wählerlisten ein! Nur noch bis zum 31. August!



Herß, die mit Hilfe des Artikels 48 aus den Massen herausgedrückt werden sollen. Die Gemeindevertretung beschließt:
Die Bier- und Spandverschränkern sowie die Bürgersteuer werden in unserer Gemeinde nicht erhoben. Die Gemeinde-

Unseren konkreten Fragen, die wir in den letzten Tagen im „Klassenkampf“ gestellt haben, wick er mit der Rede aus, daß sie ihm noch nicht bekannt seien.

Er fügte aber die bedeutame Erklärung hinzu: Soweit er sie kenne, entsprechen die im „Klassenkampf“ angeführten Tatsachen der Wahrheit und er würde auch in Zukunft nicht anders handeln.

Die Arbeiter werden am 14. September daran denken.

Zu welchen Mitteln die Sozialfaschisten greifen müssen, zeigt sich in folgender Tatsache am deutlichsten. Herz stellte die lächerliche Behauptung auf, die SPD. mache den Young-Plan einzig und allein als die Ursache der heutigen katastrophalen Lage verantwortlich. Und dann „widerlegte“ er diese von ihm erfundene „Aufschiebung der SPD.“ Eine solche Methode ist außerordentlich bequem, aber auch unendlich dumm; denn

selbst der jüngste Jung-Spartakus-Schüler weiß, daß die SPD. ganz klar aufgezeigt, wie die gesamte kapitalistische Herrschaft diese katastrophalen Auswirkungen für die Werktätigen zeigt.

Einige Gedankenfälle, die Herß in seiner Rede machte, sind noch wert, angeführt zu werden. So erklärte er u. a., daß die Müller-Regierung nur deshalb von der Traubbourgeoisie gebildet wurde, weil die Hilfe der SPD. zur Durchführung der räuberischen Young-Gesetze für die kapitalistische Klasse unbedingt notwendig war.

Zur Verteidigung der Besprechungen Hülsebergs, die Kapitalsteuern zu senken, führte Herß an, daß die SPD. bereit war, die Kaufpläne der Traubbourgeoisie offen zu unterstützen, um die Koalitionsregierung weiterhin zu ermöglichen.

Er jagte wörtlich: „Um die Koalitionsregierung zu er-

Streit!

vertretung lehnt es ab, sich mitschuldig zu machen an der weiteren Verelendung der Werktätigen. Sie ruft alle Einwohner auf, die Diktatursteuern zu verweigern.

„Wir schützen unsere Gemeindefunktionäre auch mit außerparlamentarischen Mitteln“ Protest-Entscheidung

Die Gemeindevertretung Wernitz-Bühlerberg protestiert auf das energigste gegen den Schandentwurf des preussischen Innenministers, Sozialdemokrat Raentig, welcher die kommunistischen Gemeindefunktionäre durch Nichtbeurteilung oder Amtsenthebung zum Gefängnisstrafen zwingen will. Noch nicht einmal die Reichsvertretung gibt ihm das Recht dazu; siehe Artikel 130.

Die Gemeindevertretung erklärt, daß sie ihre ordnungsgemäß gewählten Gemeindefunktionäre mit allen, auch außerparlamentarischen, Mitteln vor diesem Terror schützen wird, solange dieselbe ihre Pflicht im Interesse aller Werktätigen erfüllen!

Soortige Einberufung des Breukhischen Landtags von den Kommunisten verlangt

(R.D.) Berlin, 29. August. In einem Schreiben an den Präsidenten des Preussischen Landtags, Bartels, verlangt die kommunistische Fraktion die sofortige Einberufung des Preussischen Landtags. Auf der Tagesordnung dieser Versammlung soll die Beratung kommunistischer Vorträge stehen, die eine Erhebung der durch die Notverordnung des Reichspräsidenten verfügten neuen Gemeindefunktionäre in Preußen unterbinden und den Erlaß der preussischen Regierung aufheben wollen, der den Beamten die Mithilflichkeit in der kommunistischen Partei verbietet.